Dienstag, 9. September 1924. Einzelnummer 15 Groschen. 63. Jahrgang. Nr. 207.

Erscheint an allen Werktagen.

Bezugspreis monatl. Złoty
bei der Geschäftsstelle . 3.50
bei den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungsboten . 3.80
durch die Post 3.50
ausschl. Postgebühren
ins Ausland 6 Złoty, in deutscher Währg. 5 R.-M.

Fernsprecher 6105, 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 30 Gr.
für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 Groschen, Reklameteil 25 Groschen
Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 75 Gr.

Der Kampf gegen den Privathandel in Sowjetrußland.

Die Bekämpfung des Privatkapitals im Binnenhandel ist ein Problem, dem schon seit geraumer Zeit die russischen Wirtschaftspolitiker ihre ganz besondere Aufmerksamkeit angedeihen lassen. Ein Problem allerdings, das nicht nur in der Sowjetpresse immer und immer wieder aufs lebhafteste diskutiert wird — übrigens ein Beweis, eine wie ungeheure Wichtigkeit man der ganzen Frage beilegt —, sondern bereits auch in der Praxis zum Teil recht bedauerliche Erscheinungen für die betreffenden Kaufleute gezeitigt hat, die eine neue Terrorwelle über sich ergehen lassen mußten. Die Sowjetregierung bemüht sich zwar ängstlich, nach außen hin den Dingen ein gewisses Mäntelchen umzuhängen. Sie versichert, der Staat denke nicht daran, zum Kriegskommunismus zurückzukehren oder das Privatkapital mit „Verwaltungsmaßnahmen" zu bekämpfen. Es ist aber ganz zweifellos, daß nicht nur im politischen, sondern auch im wirtschaftlichen Leben Rußlands in der jüngsten Vergangenheit die radikalen Elemente wieder die Oberhand gewonnen haben, eine Tatsache, die auf dem vor einigen Monaten abgehaltenen 13. Kongreß der kommunistischen Partei deutlich zutage trat.

Um die Ursachen zu dem Kampf, der wider das Privatkapital entbrannt ist, eingehend kennen zu lernen, müssen wir etwa drei Jahre im Buche der russischen Wirtschaftsgeschichte zurückblättern. Bekanntlich hatte die russische Regierung im Jahre 1921 nach drei Jahren rein kommunistischer Wirtschaftspolitik einen neuen Kurs, die „Nowaja Ekonomitscheskaja Politika (Nep)", eingeschlagen, nachdem sie durch die bittere Erfahrug belehrt worden war, daß der unmittelbare Übergang von der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu einer starr doktrinären kommunistischen Wirtschaftsführung ein Experiment gewesen war, das eine planmäßige Entwicklung der Wiederaufbauarbeit, geschweige denn eines normalen Wirtschaftslebens untergrub. Die

Freigabe des Binnenhandels

stellte einen bedeutsamen Schritt dieser neuen Epoche dar und war ein gewaltiges Zugeständnis der kommunistischen Wirtschaft an die Privatinitiative. Aber man würde sicher fehlgehen — und gerade die Bestrebungen der letzten Monate bestätigen dies —, wenn man darin mehr erblicken würde als ein nur zeitweise gestattetes Mittel, um in Ruhe die Wiederbelebung des wirtschaftlichen Verkehrs vollziehen zu können. Man hegte die stille Erwartung, daß die staatlichen Genossenschaften in der Lage sein würden, den Warenaustausch von Stadt und Land allmählich an sich zu ziehen. Und so betrachteten die russischen Staatslenker und politisch maßgebenden Kreise den Privathandel, vor allem den Groß- und Mittelhandel nach wie vor als ein Übel, wenngleich zurzeit als ein unumgängliches Übel, und waren von vornherein bestrebt, die Zugeständnisse, die sie auf der einen Seite machten, auf der anderen Seite sogleich wieder einzuschränken. In der Absicht, den Privathandel zugunsten des genossenschaftlichen und staatlichen Handels allmählich auf ein Minimum zu reduzieren, wurden die staatlichen Handelsorgane mit einer Reihe von Privilegien ausgestattet und bei der Verteilung der staatlichen Produktion außerordentlich begünstigt. Nichtsdestoweniger vermochte das Privatkapital allmählich im Handel festen Fuß zu fassen. Man muß sich klar machen, wie nach der Einführung des neuen Wirtschaftssystems, des „Nep" in Sowjetrußland gerade die Elemente des Mittelstandes und der Intelligenz, die unter dem bisherigen Kurse ihrer Geldmittel und ihrer Stellungen beraubt worden waren, sich nunmehr dem Handel zuwenden konnten, der sich zwar zunächst, da jegliche Kapitalien fehlten, in ganz bescheidenem Umfange bewegte. Der Privathandel begann dann langsam sich auszubauen als Kleinhandel in Läden und geschlossenen Räumen und ging schließlich sogar zum Großhandel über. Was nutzte es dem obersten Volkswirtschaftsrat, wenn er dem Privathandel alle nur erdenklichen Schwierigkeiten in den Weg legte, wenn er den Zwischenhandel und das Kommissionsgeschäft bei den Umsätzen der staatlichen, kommunalen und genossenschaftlichen Organisationen auszuschalten suchte, wenn er den Privathändler mit hohen Steuern belegte, die ihn zuweilen nötigten, sein Geschäft zu schließen. Was half es, daß die staatlichen Banken in ihrer Kreditgewährung den Handel, der von Staats- und Genossenschaftswegen ausging, bevorzugten, Privatpersonen dagegen nur in geringem Maße berücksichtigten! Alle diese Maßnahmen konnten letzten Endes das Anwachsen des Privathandels nicht verhindern. Sie wirkten zwar zweifelsohne hemmend auf das Privatgeschäft ein, aber die privaten Kaufleute, die über eine ganz andere wirtschaftliche Erfahrung verfügten als die bureaukratisierten staatlichen und kooperativen Wirtschaftsorganisationen, erwiesen sich in jeglicher Hinsicht

anpassungsfähiger und geschäftstüchtiger

Der Konkurrenzkampf, der somit entbrannt war, begann sich, je länger er dauerte, zugunsten des Privatkapitals zu entscheiden.

Es mag hier nur ganz kurz angedeutet werden, daß auch die private Industrie zufolge des neuen Wirtschaftskurses eine relativ künstige Entwicklung nahm. Dies betraf vor allem die vom Staate verpachteten Unternehmungen mittlerer Größe, die übrigens in besonderen Fällen (und neuerdings sogar in stark zunehmender Weise) ihren früheren Besitzern zurückgegeben wurden, weil sie sich unter der staatlichen Verwaltung als unrentabel erwiesen hatten. Kein Wunder, wenn diese Unternehmungen nunmehr wieder aufzublühen begannen, da sie mit bedeutend geringeren Produktions- und Handelsunkosten arbeiteten und daher auch leichtere Absatzmöglichkeiten fanden.

Einige statistische Angaben mögen ein Bild davon geben, wie der Einfluß des Privatkapitals im russischen Wirtschaftsleben der letzten Jahre allmählich stärker geworden ist; wobei man allerdings nicht vergessen darf, daß die zahlenmäßigen Nachrichten, die wir ja größtenteils nur den Sowjetblättern entnehmen können, mit gewisser Vorsicht zu betrachten sind. Wenn wir uns zum Beispiel die Beteiligung des Privatkapitals am Moskauer Börsen- und Nichtbörsenhandel im Jahre 1923 genauer ansehen, so steigt der Anteil des Privatkapitals in Kauf und Verkauf unentwegt, während der Umsatz des staatlichen Handels in demselben Verhältnis fällt. Das Prozentverhältnis beider gestaltet sich folgendermaßen:

	staat. Handel	Privathandel		staatl. Handel	Privathandel
Januar . .	85.2	10.7	Juli	74.6	13.5
Februar . .	80.4	8.8	August . . .	72.1	17.0
März . . .	82.5	11.4	September .	73.2	14.9
April . . .	82.1	11.6	Oktober . .	74.4	16.1
Mai	76.6	13.3	November .	73.6	17.9
Juni . . .	75.8	13.8	Dezember .	72.1	18.3

In der Ukraine

betrug zu Anfang des Jahres 1924 der Anteil der staatlichen Unternehmungen am Großhandel 91 Proz., der der genossenschaftlichen 7,5 Proz. und der der privaten 1,5 Proz. Von denjenigen Handelsunternehmungen, die sich sowohl mit Engros- als auch mit Detailhandel befassen, entfielen auf die staatlichen 36 Proz., auf die genossenschaftlichen 14 Proz. und auf die privaten 50 Proz. Im Detailhandel ergab sich für die staatlichen und genossenschaftlichen Unternehmungen nur 9 Proz., während der Privathandel 91 Proz. zu verzeichnen hatte. Für ganz Rußland ergab sich um dieselbe Zeit folgendes Verhältnis: Im Großhandel spielten die staatlichen Organisationen mit etwa 78 Proz. die Hauptrolle, im Mittelhandel war das Privatkapital mit der Hälfte des Umsatzes beteiligt, im Kleinhandel dominierte das Privatkapital mit etwa 83,4 Proz. Im Wirtschaftsjahr 1922/23 bezifferte sich nach Angaben des Zentralstatistischen Amtes der Anteil des Privatkapitals am Gesamtumsatz mit 64 Proz., wogegen das staatliche und das genossenschaftliche Kapital mit nur 26 bzw. 10 Proz. beteiligt war; diese Werte gelten auch ungefähr für das laufende Wirtschaftsjahr 1923/24. Um noch ein paar einzelne Zahlen herauszugreifen: Im transkaukasischen Binnenhandel beträgt gegenwärtig der Anteil des Privatkapitals 76,5 Proz., während auf den Staatshandel 19,7 und auf den genossenschaftlichen Handel 3,8 Proz. entfallen.

Aus dem herangezogenen Zahlenmaterial ist deutlich zu ersehen, wie im Laufe der letzten Jahre die Wirtschaftspolitik den Konkurrenzkampf zwischen Staats- und Privatkapitalismus entfacht hat. Gegenwärtig ist es so, daß der direkte Verkauf an die Landbevölkerung sich fast ausschließlich in den Händen des Privatkapitals befindet. Der starke Anteil des Privatkapitals am Kleinhandel erklärt sich daraus, daß fast der ganze Lebensmittelhandel sich in privaten Händen befindet.

Dort, wo es gilt, die breiten Schichten der Bevölkerung mit den Gegenständen des täglichen Bedarfs und des Massenverbrauchs zu versorgen, hat sich das Privatkapital in seinen Stellungen befestigt. Andererseits gibt es natürlich einzelne Zweige, die der Beteiligung des Privathandels gänzlich verschlossen sind. Man denke zum Beispiel an den Kauf und Verkauf von Maschinen, Produktionsmitteln und Rohstoffen, Geschäfte, die zum größten Teil von den Staatsorganen besorgt werden. Auch im Großhandel ist der prozentuale Anteil der Privatinitiative von Monat zu Monat gewachsen. Infolgedessen sieht die Sowjetregierung mit schwerer Sorge, wie das Privatkapital im Wirtschaftsleben allmählich erstarkt ist, und sie sucht sich gegen die Geister zu wehren, die sie vor drei Jahren mit dem Übergange zur neuen Wirtschaftspolitik selbst gerufen hat, in dem vollen Bewußtsein, daß eine weiter fortschreitende Durchdringung der Wirtschaft mit Privatkapital letzten Endes zum vollkommenen Bruch mit dem gegenwärtigen System führen müsse. Und hier liegt zweifelsohne auch der Kernpunkt der ganzen Frage. Es geht um die Errungenschaften der Revolution. Infolgedessen nimmt der Kampf gegen das Privatkapital von Tag zu Tag schärfere Formen an. Den Auftakt eines neuen energischen Vorgehens bildete die im April erfolgte Gründung des Kommissariats für den Binnenhandel zur Stärkung des staatlichen und genossenschaftlichen Handels, wobei man allerdings, wie wir bereits eingangs erwähnt haben, versichert, nicht mit administrativen Gewaltmaßnahmen vorgehen zu wollen, sondern durch Vervollkommnung des staatlichen und genossenschaftlichen Handelsapparates sowie durch planmäßige Preis- und Marktregulierung in den Hauptstädten zum Ziele gelangen will. Die Grundaufgabe dieses Volkskommissariats soll in der

Eroberung des Marktes

durch den staatlichen und genossenschaftlichen Handel auf Kosten des Privathandels, und zwar in erster Linie des Großhandels bestehen. Das Kommissariat erhält ferner die besondere Aufgabe, das Verhältnis zwischen den staatlichen Wirtschaftsorganisationen und dem privaten Kapital systematisch zu beobachten, den Binnenhandel nach richtigen und dem Staate nutzbringenden Grundsätzen zu organisieren, ferner einen entschiedenen Kampf gegen das Privatkapital zu führen, falls es versuchen sollte, die Interessen der staatlichen Industrie, des staatlichen Handels und der Kooperativen zu schädigen.

Vor allen Dingen soll das Kommissariat eine enge Verbindung zwischen dem staatlichen Großhandel und dem privaten Kleinhandel herstellen, um so den privaten Großhandel vollkommen ausschalten zu können. Es heißt nicht mehr, wie Lenin sagte: „Lernt Handel treiben", sondern: „Lernt genossenschaftlichen Handel treiben!" Der Angriff gegen die wirtschaftlichen Stellungen des Privathandels soll von drei Seiten unternommen werden. Maßnahmen, die schon früher angewandt wurden, aber diesmal schärfer und planmäßiger durchgeführt werden sollen: einmal starke Zurückhaltung bei der Warenbelieferung durch die staatliche Industrie bzw. Lieferung besserer Waren an die staatlichen Organisationen als an die Privatkonzerne, sodann Sperrung des Kredits durch die Banken, drittens starke steuerliche Belastung. Hierzu soll sich hinsichtlich der Preiskalkulation die Unterbietung der Privathändler gesellen, selbst wenn es vom ökonomischen Standpunkte nicht berechtigt ist. Bei der geringen Warenbelieferung durch die staatliche Industrie, insbesondere die Textilindustrie verfolgt man den Zweck, den Privathändlern die Möglichkeit des direkten Einkaufs bei den Fabriken zu entziehen und sie den Kooperativen vorzubehalten. Wie weit man hierbei geht, beweist zum Beispiel die Tatsache, daß die Tuchabteilung des

Große Erregung über Mac Donald.

Die Warschauer politischen Kreise. — Stillschweigen oder laute Kritik. — Vorsichtige Stimmen. — Frankreich und England. — Der breitere Zugang zum Meere.

Die Erklärung Mac Donalds im Völkerbundsrat, daß der Völkerbund einen Irrtum begangen habe, als er Oberschlesien teilte, hat in Warschauer politischen Kreisen riesiges Aufsehen erregt. Auf der Rechten ist man ob dieser Erklärung außerordentlich nervös geworden. Man steckt gleichsam die Köpfe zusammen, tuschelt erregt miteinander, aber man enthält sich vorläufig jeder lauten Kritik, da man fürchtet, gegen England anzustoßen. Man wartet ab, wie sich die öffentliche Meinung in England zu der Rede Mac Donalds stellen wird. Wenn die englische Presse für Mac Donald sich erklären sollte, wird man hier die englischen Pressestimmen stillschweigend übergehen, wie man das oft beobachten konnte, wenn das Ausland etwas Ungünstiges über Polen sagte. Sollte jedoch die englische Presse Mac Donalds Rede verurteilen, so wird die polnische Presse in dieselbe Kerbe schlagen und in großer Aufmachung und recht ausführlicher Form von der englischen Stimmung getreu Bericht erstatten.

So lange man sich jedoch an Mac Donald nicht herantraut, muß bei der Rechten natürlich schon ein anderer als Sündenbock herhalten. Wer sollte dies sein? Kein anderer als der Delegierte Polens beim Völkerbundsrat, Außenminister Alexander Skrzyński, der sich ja nie der besonderen Gunst der Rechten erfreute. Schon versucht die „Rzeczpospolita", Minister Skrzyński auf jede erdenkliche Art und Weise zu zwicken und zu zwacken.

Mit der Rede Skrzyńskis ist der Genfer Berichterstatter dieses Blattes gar nicht zufrieden. Er gibt zu, daß die Rede gut vorgetragen wurde und einige kräftige Stellen enthalten hat; leider jedoch habe ihr jede ausdrückliche Erfindung gefehlt. Herr Minister Skrzyński hätte weder die Stellung Polens gekennzeichnet, noch die Ausführungen Mac Donalds genügend berücksichtigt.

Man sieht hier: Das Blatt kann es nicht einsehen, warum Minister Skrzyński geschwiegen hat (das Beste, was er in diesem Falle tun konnte). Auf diese Philosophie versteht sich die polnische Rechte nicht. Sie ist vielmehr der Ansicht, daß man bei jeder unangenehmen Äußerung des Gegners mit einem Wortschwall antworten müsse. Zwar macht der Ton die Musik, in diesem Falle aber war es — das kann die Rechte schon glauben — sehr weise gehandelt, zu dem Brummbaß Mac Donalds nicht das Piston Skrzyńskis erklingen zu lassen, sonst hätten sich noch andere hineingemischt, und dann hätte es wohl ein Konzert gegeben, das der geringste Anlaß zu einer wahren Katzenmusik machen konnte.

Entschieden schlauer beurteilen die polnischen Demokraten die Lage in Genf. Mit Befriedigung stellt der „Kurjer Polski" fest, daß sich der polnische Delegierte, Minister Skrzyński, nicht auf das schlüpfrige Pflaster der Polemik begeben hat. Er hätte nur unterstrichen, daß die Unantastbarkeit der internationalen Entscheidungen die Bedingung der Sicherheit und der Friedensdauer sei.

Alsdann läßt sich der „Kurjer Polski" von seinem Sonderberichterstatter aus Genf drahten, daß die Rede des polnischen Delegierten, Ministers Skrzyński, um so größeren Erfolg (!) davongetragen habe, als sie nach der Rede Mac Donalds gehalten worden sei. Minister Skrzyński wies darauf hin, daß man Bedingungen schaffen müßte, damit die These Mac Donalds nicht gänzlich zu einer Utopie werde. Die Absichten würden erst in dem Augenblick der Realisierung der allgemeinen Solidarität zu einer Tatsache werden, und die internationale Gerechtigkeit wird erst in dem Augenblick der völligen Unabhängigkeit der Richter, fußend auf dem Rechtskodex, verwirklicht werden. Diesen Rechtskodex können nur die Traktate bilden. Das Instrument der Entwicklung nach dieser Richtung hin könne nur der Völkerbund sein. Diese letzte Ansicht des Ministers habe stürmischen Beifall im Saale hervorgerufen.

Über die Rede Mac Donalds schreibt das genannte Blatt, daß diese sehr laut im Tone war, bestimmt für die Akustik einer politischen Versammlung unter freiem Himmel, nicht aber für die ernsthafte Atmosphäre der Völkerbundliga. Es bestand ein Unterschied zwischen den Ovationen der Galerie auf einen Teil der Rede und dem kühlen Empfang im Beratungssaal.

In der polnischen Demokratie ist man der Ansicht, daß Mac Donalds Absichten dahin zielten, die französische Meinung über die Gestaltung der Sicherheitsfrage in Mißkredit zu bringen. Die französische Meinung über das Sicherheitsproblem, die sich auf das System der Bündnisse stützt, führt gewiß zu dem Ergebnis, das schon in Vorkriegszeiten bestand, also zur Vernichtung derjenigen Völker, die die Freiheit erlangt haben.

Die Demokraten sind der Ansicht, daß die Bemerkungen Mac Donalds über Oberschlesien ein großer Lapsus seien, der dringend der Aufklärung bedarf. Man will erfahren haben, daß alle Völkerbundsdelegierten derselben Ansicht seien. Man gibt sich der Hoffnung hin, daß Herriot auf die Ausführungen Mac Donalds betreffend Oberschlesien entgegnen werde. Dann aber müßte eine ausgleichende Hand gesucht und gefunden werden, die den Gegensatz zwischen der französischen und der englischen Meinung in recht geschickter Weise zu überbrücken verstünde.

Die Sozialisten enthalten sich vorläufig jeder eigenen Meinung. Der „Robotnik" veröffentlicht als Leitartikel einen offenen Brief an die Regierung, worin für die Belebung der polnischen Propaganda im preußischen Masurenlande Stimmung gemacht wird, damit Polen bald „einen breiteren Zugang zum Meere" gewinne.

Diese Worte in einer Zeit, da der Völkerbund über Sicherheit und Abrüstung berät, — was will man noch mehr?!

„Zentrosojus" Repressivmaßnahmen gegen diejenigen kleineren Kooperativen anwendet, die von ihm gelieferte Waren an Privathändler weiter verkaufen. Viel schwerwiegender noch dürfte die Einstellung des Kredits durch die staatlichen Banken sich erweisen, wobei man noch berücksichtigen muß, daß die „Russische Kommerzbank", die früher besonders mit privaten Kunden arbeitete, nach ihrer Umwandlung in die „Bank für Außenhandel" als Geldgeberin nicht mehr in Frage kommt. Daß die steuerliche Belastung, zu der außerdem die hohen Geschäftsmieten und sonstigen Spesen hinzukommen, bei der sogenannten Bekämpfung des Privathandels sich als ein wirksames Mittel bewähren wird, wenigstens vom einseitigen Standpunkte der Sowjetregierung aus betrachtet, darüber besteht kein Zweifel.

Was den Kleinhandel anbelangt,

so sieht man allerdings ein, daß es hier sehr schwer sein wird, das Privatkapital vollkommen zu unterdrücken. Um aber auch hier rasch vorwärts zu kommen, hält man es für äußerst wichtig, das Genossenschaftswesen auf dem Lande zu entwickeln und von unten her auszubauen. Es ist ganz unmöglich, daß vorläufig die staatlichen Handelsorgane auch zusammen mit den Genossenschaften den ganzen Detailhandelsmarkt vollständig bedienen, hier müssen Konzessionen gemacht werden. Das Eingeständnis eines namhaften Mitgliedes der kommunistischen Partei, Georgiens, es bestehe vorläufig keine Möglichkeit, das Privatkapital im Kleinhandel auszuschalten, man könnte höchstens den Privathändler in ein derartiges Abhängigkeitsverhältnis zum Staatsapparat bringen, das etwa dem des Handlungsgehilfen zum Geschäftsinhaber gleiche, bekundet deutlich die Ohnmacht im Kampfe gegen den Einzelhandel. Interessant sind allerdings Versuche, die bereits angestellt werden, um auch den Kleinhandel in die Gewalt des Staates zu bekommen. So hat z. B. das transkaukasische Volkskommissariat für den Binnenhandel in Tiflis zwei Mehlhandlungen eröffnet zum Zwecke des Einzelverkaufs. Andere Verkaufsstellen in der Provinz sollen folgen. So haben ferner einzelne Truste und staatliche Handelsorganisationen in letzter Zeit eine Reihe von Kleinhandelsgeschäften gegründet. Der Chleboprodukt hat neuerdings z. B. 12 Magazine in Petersburg eröffnet, ebenso wurden durch den Textiltrust 7 Magazine aufgetan. Als unmittelbare Folgen dieser „neuen Handelspolitik" sind bereits Schließungen vieler privater Großhandelsgeschäfte eingetreten. Viele von ihnen haben ihre Unternehmungen kostenlos dem Staate zur Verfügung gestellt mit der Bedingung, sie in Dienst zu nehmen. Eine weitere Folge wird der Rückgang der Umsätze an den Warenbörsen sein, der bereits in Moskau eingetreten ist, ganz abgesehen von den steuerlichen Einnahmen, die ebenfalls eine rückläufige Bewegung erleben werden. Von einem wesentlichen Abbau im Kleinhandel hat man aber bisher noch nichts gehört.

Die Sowjetpresse

beschäftigt sich eingehend mit der ganzen Frage, die natürlicherweise von sehr schwerwiegender Bedeutung für das Wirtschaftsleben Rußlands sein wird. Und hier gibt es freilich auch einsichtige Wirtschaftspolitiker, die vor unüberlegten Schritten warnen. Offen zugestanden wird in allen Diskussionen, daß der private Unternehmer im Kleinhandel noch unentbehrlicher ist und seine Ablösung durch staatliche oder kooperative Handelsorganisationen bis zur endgültigen Durchführung noch eine geraume Zeit in Anspruch nehmen dürfte. Man ist sich in den Kreisen weitblickender russischer Wirtschaftler darüber klar, daß allzu rigorose Maßnahmen eine Verkürzung des Warenumsatzes zur Folge haben müßten, die unter allen Umständen zu vermeiden sei. Nicht nur die Aufrechterhaltung, sondern die Erweiterung des Warenumsatzes müsse bei allen Maßnahmen als oberster Leitsatz gelten. Man sieht ein, wenn der Staat umfangreiche Kredite für den staatlichen und Genossenschaftshandel zur Verfügung stellen soll, damit dieser mit dem bisher billiger und rentabler arbeitenden Privathandel konkurrieren kann, daß die hierdurch benötigte starke Inanspruchnahme des Staatskredits die eben erst mühsam durchgeführte und lange noch nicht aus ihrem kritischen Stadium herausgekommene Währungs- und Finanzreform gefährden muß. Im engen Zusammenhange hiermit steht die Tatsache, daß dadurch, daß bereits eine Reihe von Privatgeschäften verschwunden sind, dem Staate bedeutende steuerliche Einnahmen entgehen. Ein Moment, das nicht gering zu schätzen ist, wenn man sich die Zahlen vergegenwärtigt, die das Kollegium des Finanzkommissariats kürzlich veröffentlicht hat. Hiernach ist der staatliche Handel im letzten Wirtschaftsjahr seiner Steuerleistung nur in der Höhe von 37 Prozent des Steuersolls nachgekommen, der Privathandel dagegen **in der Höhe von 99 Prozent.** Diese Zahlen sprechen für sich selbst. Im Anschluß hieran erscheint auch noch ein Vorkommnis erwähnenswert, das deutlich beweist, daß es sehr schwer, um nicht zu sagen unmöglich sein dürfte, dem Privathandel den Todesstoß zu versetzen. Infolge der Absatz- und Finanzkrisis gegen Ende des Jahres 1923 waren die Staatstrusts in eine äußerst unangenehme Situation geraten. Die Warenlager waren überfüllt, die Betriebsmittel fehlen.

Es gab nur eine Möglichkeit,

um aus der Klemme herauszukommen: der Verkauf gegen sofortige Barzahlung. Damals hatten infolge der Kreditgebarung des Finanzkommissariats die genossenschaftlichen und staatlichen Handelsstellen ganz unzulängliche Betriebsmittel in den Händen. Den Trusts blieb also nichts anderes übrig, als ihre Erzeugnisse an die Privathändler zu verkaufen, die selbstverständlich Kapital aus der Lage schlugen und sich günstige Konditionen in Form von Rabatten ausbedangen. Infolgedessen gelangte das Privatkapital in den Besitz der staatlichen Waren und konnte natürlich billigere Preise gewähren. Namentlich auf dem Lande wirkte sich dieser Erfolg aus, zumal die Not der Bauerschaft an allen industriellen Erzeugnissen besonders groß ist.

Alles in allem betrachtet, wird dieses äußerst schwierige Problem der Zurückdämmung des Privatkapitals im russischen Wirtschaftsleben voraussichtlich noch lange ein Sorgenkind der Regierung bleiben, so lange jedenfalls, als man rein theoretische parteipolitische Einstellung höher bewertet als praktische wirtschaftliche Erwägungen. Gerade auch das Ausland wird mit besonderem Interesse die weitere Entwicklung des Kampfes gegen den Privathandel verfolgen müssen, da diese Frage immerhin für die wirtschaftliche Betätigung ausländischer Geschäftskreise in Rußland von grundsätzlicher Bedeutung ist. Wer mit aufmerksamen Augen die Entwicklung des russischen Wirtschaftslebens der letzten Jahre betrachtet, der wird zweifellos überall finden müssen, daß bei rigoroser Anwendung des kommunistischen Produktions- und Verteilungsprinzips außerordentlich negative Erscheinungen zutage treten, die schwere Erschütterungen herbeigeführt haben. Eine wirkliche Gesundung ist nur auf den Gebieten festzustellen, die entweder der Privatinitiative übertragen worden sind oder aber nach den allgemein gültigen Gesetzen der Volkswirtschaft einer Verstaatlichung bzw. Kommunalisierung unterzogen werden können. Stimmen, die anders lauten, sind entweder tendenziös gefärbt, da sie auf bewußte Propaganda ausgehen, oder beruhen auf falscher Beobachtung.

Eine Rede in Lemberg.

Der Staatspräsident spricht.

Anläßlich der Lemberger Begrüßungsfeierlichkeiten hielt der Staatspräsident eine Rede, in der er u. a. sagte:

„Nach Festsetzung der Grenzen der Republik, die durch das Blut unserer Helden gesteckt wurden, haben wir die Pflicht übernommen, die Wunden zu heilen, die durch den Krieg geschlagen worden sind, und die Bürger verschiedener Nationalitäten, die sich gegenseitig befehden, zu einem harmonischen Zusammenleben in einem einheitlichen polnischen Staate zu bewegen. Die Devise der Teilungsmächte war: Teile und herrsche über die sich gegenseitig Befehdenden", die Devise Polens aber ist, die sich Befehdenden zu einen und eine demokratische Selbstverwaltung einzuführen. Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß die Zentralregierung dieser polnischen Devise treu sein und alles vermeiden wird, was mit ihr im Widerspruch steht, daß sie aber mit aller Entschiedenheit gegen diejenigen vorgehen wird, die durch Terror oder Willkür versuchen wollten, gegen diese in unserer Verfassung festgelegten Grundsätze zu verstoßen. Ich glaube auch daran, daß die Regierung in ihrem Vorgehen nach dieser Richtung hin auch das Vertrauen der anderen Nationalitäten finden wird, die es verstehen, verträglich für den Ruhm der Republik und das Glück aller seiner Bürger zu wirken.

Ganz Polen und das demokratische Europa haben genug des Kampfes und der kriegerischen Stürme und wünschen vor allem Frieden und die Festigung des gegenwärtigen Standes der Dinge, der sich durch den Triumph der Demokratie über den Imperialismus der Teilungsmächte herausgebildet hat. Die Losung unserer Zeit ist: Friede allen Menschen, die guten Willens sind und arbeiten wollen. Ganz besonders die Arbeit ist imstande, die Spuren des Krieges zu verwischen und den Wohlstand sowie die Kultur der Bürger zu heben; sie übt aber auch gleichzeitig einen moralischen Einfluß aus und lehrt, arbeitsame Leute zu ehren, ohne Rücksicht auf ihre Nationalität und ihr Glaubensbekenntnis."

Die Rede schloß mit einem Toast auf Lemberg.

Eine Bannerweihe des 52. Regiments.

Der Staatspräsident in Złoczow.

Lemberg, 7. September. (Pat.) Heute, am Sonntag, ist der Präsident weitergereist. Bereits morgens 6 Uhr begab sich der Präsident in Begleitung des Lemberger Wojewoden und einer Schwadron Ulanen zum Bahnhof.

Mit dem Präsidenten stiegen in den Zug ein: Erzbischof Gall, der Wojewode von Tarnopol, Herr Zwastowski, der Führer der O. K. Lemberg General Malczewski, der Chef des Generalstabes und des Lemberger Korps Oberst Wołkowicki, sowie der italienische Militärattaché Oberst Valdi, der durch die polnische Regierung eingeladen wurde, an den Feierlichkeiten der Weihe der Fahne des 52. Infanterie-Regiments, das vor sechs Jahren im Konzentrationslager in Italien entstand, teilzunehmen.

Auf dem Wege nach Złoczow hielt der Zug des Präsidenten zehn Minuten auf der Station Krasna. Der Bahnhof, mit Flaggen und Grün geschmückt, zeigte die Inschriften: „Es lebe der Präsident Wojciechowski!" Auf dem Bahnsteig waren eine Anzahl Delegationen versammelt. Vertreten waren die städtischen Behörden, gesellschaftliche Organisationen, die Schulväter, Vertreter der polnischen und ruthenischen Bauernschaft und die katholische, evangelische, griechisch-katholische und jüdische Geistlichkeit. Malerisch nahm sich die einige Hundert zählende Volksmenge in den charakteristischen Trachten der Ruthenen und Polen aus.

Als der Präsident auf dem Bahnsteig erschien, wurde er im Namen des Volkes der Bezirke Kamieniew und Radzechow durch den Starosten von Kamieniew, Herrn Pieniązkiewicz, begrüßt. Die Delegationen der Bauern überreichten dem Präsidenten Brot und Salz.

Um 8 Uhr hielt der Zug des Präsidenten in Złoczow. Zur Begrüßung des Staatspräsidenten versammelten sich am Bahnhof: Der Starost von Złoczow, Greziewicz, und der Garnisonführer Oberst Powroznicki. Vor der Fahrt in die Stadt hielt der Wagen des Präsidenten beim Triumphtore, wo der Präses des Bezirksrates, Herr Starkiewicz, den hohen Gast begrüßte. Neben dem Tore hatten sich der Bezirks- und Stadtrat, die Delegationen verschiedener Vereine und Organisationen und die Schuljugend. versammelt. Ein kleines Mädchen überreichte dem Staatspräsidenten im Namen der Schulväter einen Blumenstrauß.

Von der Bahn begab sich der Präsident nach Kempe, wo er vom Kommandeur den militärischen Rapport entgegennahm. Danach fand eine Truppenbesichtigung statt.

Der Präsident wurde hierauf von der römisch-katholischen Geistlichkeit begrüßt; dann blieb er bei dem Feldaltar stehen, an dem der Erzbischof Gall eine Feldmesse hielt. Nach der Weihe der Fahne des 52. Infanterie-Regiments durch den Bischof übergab der Vorsitzende des Fahnenkomitees, Dr. Gawlikowski, nach einer kurzen Rede dem Herrn Staatspräsidenten das Regimentsbanner, und der Staatspräsident übergab mit kurzen Worten dem Regimentsoberst die Fahne: „Eure Pilgerin ist von italienischer Erde nach Polen mit Euch gewandert, wurde durch blutige Schlachten mit Euch verbunden. Die Republik gibt das Banner nur in treue, tätige Hände. Ich zweifle nicht daran, daß das 52. Infanterieregiment dieses Banner immer ehren wird, treu der Devise: Ehre und Vaterland über alles. Das Banner gehört zum Regiment — niemals soll es in Feindeshand gelangen."

Darauf fand die Vereidigung auf das Banner und der Wechsel des alten Banners mit dem neuen statt.

Von den Feiern.

Złoczów, 7. September. (Pat.) Um 10 Uhr 15 Minuten begab sich der Herr Staatspräsident vor das Magistratsgebäude, wo er eine Parade der Truppenabteilung abhielt. Dann begab sich der Staatspräsident nach dem Gebäude der „Sokol"-Organisation, wo er von den Vertretern aller Bekenntnisse begrüßt wurde. Der städtische Rabbiner erteilte dem Staatspräsidenten den Segen.

Unter den Reden, in denen dem allerhöchsten Vertreter des Staates Ehrungen zuteil wurden, hob sich besonders eine in ukrainischer Sprache, von einem ukrainischen Bauernvertreter gehaltene Ansprache hervor, in der betont wurde, daß der Wunsch der ukrainischen Bevölkerung ist, gemeinsam mit anderen Kindern der einen „Mutter Vaterland" in Frieden und Harmonie zu arbeiten für das gemeinsame Gut des Vaterlandes, des großen und siegreichen Polens, und daß alles andere Streben ihnen fremd sei.

Der Staatspräsident hörte diese Rede an, indem er die Hand auf die Schulter des Redners legte. Die Ansprache machte auf alle Zuhörer den besten Eindruck. Der Herr Staatspräsident verabschiedete die Delegationen nach einer längeren Rede.

Skrzyńskis Rede in Genf.

Die Abrüstung.

Der polnische Außenminister Skrzyński, dem nach der Rede des englischen Ministerpräsidenten Mac Donald in der vorgestrigen Sitzung des Völkerbundsrats das Wort erteilt wurde, erinnerte nach Darlegung der Meinung seiner Regierung und des polnischen Volkes über die Einschränkung der Rüstungen daran, daß Polen das traurige Privileg hatte, der Welt in der Verwirklichung dieser großen Idee zuvorzukommen, und zwar im 18. Jahrhundert. Damals sagte man über Polen allgemein, daß ein entwaffnetes Land nicht angegriffen werden darf. Diejenigen, die Polen aufgeteilt haben, haben von nichts anderem, sondern nur vom Frieden gesprochen. Dies sind die psychologischen Grundlagen der Vergangenheit und der Zukunft Polens, dessen Friedensbaum tiefe Wurzeln schlägt. **Keine polnische Regierung darf ein anderes Ziel verfolgen, als mit den anderen Völkern mitzuarbeiten an der Realisierung des Friedens.** Unter diesem Gesichtspunkt werden in Polen alle politischen Schwierigkeiten behandelt, die auf der Welt lasten und sämtliche finanziellen und wirtschaftlichen Krisen. Die Lösung des wichtigen Problems der Abrüstung liegt auf dem Wege der Stabilisierung und der Sicherheit. Eine Abrüstung ist nur dann möglich, wenn die Sicherheit und die Stabilisierung in der ganzen Welt Eingang gefunden hat.

Der Minister ging hierauf auf die Frage der roten Nachbarschaft im Osten ein. Es ist, sagte Skrzyński, unbekannt, ob diese Röte nur die Morgenröte des aufgehenden Tages bedeutet oder nur einen Brand. Auf das Traktat der gegenseitigen Hilfe eingehend, betonte der Redner, daß Polen dieses Traktat mit Hochachtung für den großen Geist aufgenommen habe, der der Realisierung des entsprechenden Artikels des Paktes des Völkerbundes über die Sicherheit entsprang. Der Ausdruck „Angreifer" ist nicht genügend präzisiert. Der Pakt ist vorläufig eine Interpretation der Artikel des Paktes des Völkerbundes. Die Existenzberechtigung von ergänzenden Abkommen ist der grundsätzliche und ursächliche Grund, daß bis jetzt eine Einigkeit über die internationale Weltanschauung noch nicht verwirklicht werden konnte. Sobald die Welt entwaffnet ist, sind diese Abkommen überflüssig. Heute aber kann man von den Völkern nicht verlangen, daß sie nicht an ihre Sicherheit denken. Skrzyński stimmte der Ansicht des englischen Ministerpräsidenten zu, daß man alle politischen Unsicherheiten im Auge behalten müsse, die zum Kriegsausbruch führen könnten, und danach streben, daß der rechtzeitig gefällte Schiedsspruch eine Atmosphäre von Mißverständnissen in Europa verhindern müßte, welche einen Krieg zur Folge haben könnten.

Wir glauben, fuhr Skrzyński fort, an einen Schiedsspruch als Element der Sicherheit und der Stabilisierung. Gegenwärtig kann man nicht beurteilen, wie die Prozedur der internationalen Gerechtigkeit realisiert werden kann. Auf den Begriff der Gerechtigkeit eingehend, kommt der Redner zu dem Schluß, daß die Völker ihr ein um so größeres Vertrauen schenken werden, je enger dieser Begriff festgelegt wird. Der Minister glaubt an einen Frieden, der von der Gerechtigkeit diktiert wird. Wir glauben, sagt Skrzyński, daß die Entwaffnung eine Wohltat für die Menschheit, eine Bedingung für den Frieden sein wird. Die Entwaffnung wird es gestatten, die Krisis in der Produktion zu beheben, die eine Folge des Mangels an Absatzmärkten ist. Eine Bedingung dafür ist die Stabilisierung und die Sicherheit. Wir wünschen, daß dieses Problem einmütig durch die Völker gelöst wird. Eine internationale Solidarität, die von der Konferenz verlangt wird, ist nur im Völkerbund möglich.

Wirkungen im Osten.

Lehrreiche Kommentare.

Das Inkrafttreten des Dawes-Gutachtens, das im Deutschen Reichstag mit Zweidrittelmehrheit angenommen worden ist, bringt politisch verschiedene Entspannungen und neue Konstellationen. Besonders groß und kräftig wird die Wirkung auf den Osten sein, weil der französische Druck im Westen aufhört und die Vasallen im Osten nun ebenfalls mehr oder weniger ruhig werden müssen. Aus allen Ostländern schallen die Stimmen der Welt entgegen.

Die polnischen Kommentare sind außerordentlich interessant. Der Krakauer „Czas", als vornehmstes polnisches Blatt vielfach das Sprachrohr des Außenministers Skrzyński, faßt die Endergebnisse dahin zusammen, daß 1. eine Einigung zwischen England und Frankreich erreicht sei und 2. Deutschland Verpflichtungen, die seine Leistungsfähigkeit nicht übersteigen, freiwillig übernommen hat, so daß es sich in Zukunft nicht auf einen Zwang ausreden kann, zumal Mac Donald und Herriot den deutschen Unterhändlern als Gleichberechtigten jede Demütigung erspart haben. — Nach der „Gazeta Warszawska" endet mit der Londoner Konferenz diejenige Politik, für welche der „Buchstabe und Geist von Versailles" die Grundlage bildeten, während Deutschland seine aktive Rolle aufnimmt, die Entente auf wirtschaftlich-pazifistischer Grundlage erneuert ist und das amerikanische Gold nach Europa fließt. An Stelle der Politik von Versailles trete leider eine Politik des freien Spieles der Kapitalinteressen, umgeben vom Schleier einer pazifistischen Ideologie. — Der „Dziennik Poznański" kritisiert die Deutschland gewährte Atempause und die Anleihe, denn während die politischen Konflikte in den Hintergrund treten, werde ein Wettlauf des Kapitals um neue Absatzmärkte und Investitionszentren entstehen, denen das polnische Wirtschaftsleben gegenwärtig nicht gewachsen sei. — Die demokratische „Nowa Reforma" ist mit der Beschränkung der Sanktionen nicht einverstanden, der sozialistische „Naprzód betont die Einführung des schiedsrichterlichen Systems und der „Kurjer Lwowski" schreibt: „Die Londoner Konferenz war eine wichtige internationale Tatsache, welche die Geschichte einst als die völlige Unterordnung der Politik unter die Einflüsse der Finanzwelt bezeichnen wird. Die politischen und militärischen Kämpfe werden in Zukunft nicht um Staatsgrenzen, die Verteidigung der nationalen Ehre oder der Souveränität, sondern um Petroleum, Kohle, Montanerzeugnisse und Geld spielen, nach unserer Meinung für die Menschheit weder ein Vorteil, noch ein Schritt vorwärts."

Die „Moskauer Iswestija" meint kühler, Rußland finde nur daran Interesse, daß die Londoner Unterschriften den Anfang einer pazifistischen Ära bedeuten sollen. Während man nach den Kommentaren der sozialdemokratischen Presse meinen könnte, daß in London nicht ein Konsortium zur Ausbeutung Deutschlands gegründet wurde, sondern mit einer Befreiung von seinen Fesseln eine Revision des Versailler Vertrages erreicht sei, fließe die Mehrarbeit des deutschen Arbeiters nach Frankreich, England und Amerika, dessen Arbeiteraristokratie hierfür die europäischen Unternehmungen des amerikanischen Kapitals unterstütze, welche Deutschland in eine Kolonie verwandeln und den deutschen Arbeiter zu einem ewigen Schuldner des Auslandskapitals degradieren werden. Die sich hieraus ergebenden außenpolitischen Perspektiven faßt Marco Polo in einem Artikel „Der historische Schritt" als Ergebnis des fünfjährigen Ringens um die Reparationen dahin zusammen, daß Deutschlands Reichtum vernichtet, das Prestige Frankreichs vermindert und die Pariser Außenpolitik gegenüber Deutschland unter angelsächsische Kontrolle gestellt sei.

Polen und Frankreich.

Die Minderheiten.

Der Aufenthalt des polnischen Außenministers Skrzyński in Paris vor seiner Abreise nach Genf scheint die Stellung Polens zu Frankreich gefestigt zu haben. Skrzyński hat bei seinen Besprechungen mit Herriot und französischen Politikern auch die Minderheitenfrage berührt und dabei darauf hingewiesen, daß Polen durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund in eine schwierige Lage komme insofern, daß Deutschland dann die Möglichkeit habe, seinen Einfluß in der Minderheitenfrage geltend zu machen, die in Polen als eine innere Angelegenheit angesehen werde und in der Polen infolge der Bestimmungen des Vertrages von Versailles nicht das Recht der Gegenseitigkeit in Anspruch nehmen könne. Die Schwierigkeiten, vor denen Frankreich steht, gestatten der polnischen Stimme, einen größeren Einfluß zu gewinnen, und als Ergebnis der Pariser Reise Skrzyńskis kann festgestellt werden, daß Polen weiter der Grundpfeiler der französisch-östlichen Politik bleiben wird.

Um die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Herriots Rede. — Gerechtigkeit ohne Macht. — Der Wiederaufbau.

Mac Donald hat in seiner großen Rede gefordert, daß die drei großen Völker Amerika, Deutschland und Rußland in den Völkerbund aufgenommen würden. Erst mit Deutschlands Eintritt in den Völkerbund, so sagte er, sei eine neue Ära in Europa möglich. Nach Mac Donald hielt Herriot eine längere Rede, in der er sich über die Fragen der Sicherheit, der Entwaffnung und der Schiedsgerichtsbarkeit zwar mit großem rhetorischen Schwung, aber nicht besonders klar aussprach.

Unter anderem sagte er: „Es ist eine wichtige Tatsache, daß 18 Nationen das Garantieprojekt angenommen haben, und daß die Mehrzahl der Antworten im Prinzip der Unterstützung günstig waren. Wenn noch Widersprüche bestehen, so ist Frankreich der Auffassung, daß die Untersuchung der Schwierigkeiten im Geiste herzlicher Zusammenarbeit, wie Mac Donald es gesagt hat, uns über den toten Punkt hinweghelfen wird. Der wichtigste gemachte Einwand ist derjenige, der die Definition des Angreifers betrifft. Eine Mobilmachung ist heutzutage außerordentlich kompliziert. Der moderne Krieg erfaßt das ganze Land, nimmt ihm seine Menschen, seine Rohmaterialien und seine Industrie. Für den Luftkrieg und den chemischen Krieg gibt es keine Grenzen mehr. Der Schiedsgerichtsgedanke entspricht der Tradition Frankreichs. Er findet sich schon im Artikel 12 des Völkerbundspaktes. **Wir wünschen, daß es einer der Erfolge der Versammlung sein möge, diese schiedsgerichtliche Auffassung durchzusetzen, durch welche die Schwierigkeiten der Bestimmung des Angreifers gelöst werden."**

Die Rede Herriots war für ihn ein unbestreitbarer Erfolg, was die Wirkung auf die Zuhörer angeht, denn er hatte mit noch mehr Schwung, mit dem Pathos des Südfranzosen gesprochen, in der klangvollen französischen Sprache, so daß seine Rede auf die Versammlung sichtbaren Eindruck machte.

„Gerechtigkeit ohne Macht ist eine Illusion, eine Gefahr für die Schwachen, eine Genugtuung für die Bösen." Dieser Satz, der immer wieder aus der Rede Herriots klang, brachte ihm jedesmal den tosenden Beifall von den Bänken der kleinen Nationen.

So wirkte die Rede Herriots auf die Anwesenden, die im Saal waren. Wenn man aber die Rede Herriots liest, so fragt man sich, **was hat er eigentlich gesagt.** Wir betonen schon gestern, daß seine Worte schöne Phrasen waren, die es ängstlich vermeiden, die von Mac Donald so scharf kritisierten Probleme zum Wiederaufbau der Welt auch nur zu streifen. Die These, daß der Friede von Versailles ein Friede des Rechts und der Gerechtigkeit sei, die kennen wir schon längst aus den Zeiten Poincarés. Und in dem Bekenntnis zu diesem Satz gipfelte dann auch die höchste Weisheit Herriots. Doch die Fragen, deren Lösung den friedlichen Wiederaufbau der Welt ermöglichen lassen, die eine internationale Solidarität schaffen sollen, **ließ er unbeantwortet.**

Die Frage nämlich der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, die für Europa gerade von brennender Wichtigkeit ist, blieb unbeantwortet. Auch Herriot hat von der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund gesprochen. Mac Donald hatte sie sozusagen sofort verlangt. Herriot ist für den formalen Weg, und er nennt die Artikel und Paragraphen des Völkerbundpaktes, die hierfür in Frage kämen. Es gäbe keine Ausnahme und kein Privileg, so sagt Herriot. Bei der Behandlung dieser Frage erinnerte Herriot auch an den Beginn des Krieges und an die Worte Bethmann Hollwegs in bezug auf den Einmarsch in Belgien: „Not kennt kein Gebot!" Herriot unterließ es aber, das vom französischen Generalstabschef Buat ausgesprochene Wort zu zitieren: „Wenn sich Frankreich im August 1914 in Deutschlands Lage befunden hätte, so würde es ebenso gehandelt haben wie Deutschland."

Der Bericht aus Genf sagt, daß sich die Völkerbundsversammlung jeder Kundgebung enthielt, als Herriot über die Kriegsschuldfrage sprach.

Französische Stimme zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Die Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund steht augenblicklich im Vordergrund aller politischen Verhandlungen. Sie interessiert naturgemäß Frankreich in ganz besonderem Maße und infolgedessen beschäftigt sich auch die Presse dieses Landes stark mit dieser Angelegenheit. Die „Havas"-Agentur verbreitet folgendes Communiqué, aus dessen Schlußsatz hervorgeht, daß Frankreich sich sehr stark vor der Wiederaufrollung der Kriegsschuldfrage fürchtet. Das Communiqué lautet:

„Die Stelle der Rede Herriots, die sich auf die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund bezieht, ist von den deutschen Pressevertretern in Genf lebhaft kommentiert worden. Einige haben aus der Erklärung Herriots gefolgert, daß die französische Regierung die Absicht habe, die Türen des Völkerbundes der Reichsregierung in dem gegenwärtigen Augenblick zu verschließen. Diese Ausschließung widerspricht dem Buchstaben und dem Geiste der Ausführungen Herriots. Diese läßt sich in den Worten: „Weder Ausnahme noch Bevorzugung" zusammenfassen. Die französische Regierung wünscht lediglich, daß die bestehenden Vorschriften auf Deutschland angewendet werden für den Fall, daß es beantragt, in den Völkerbund aufgenommen zu werden . . ."

Es braucht nicht betont zu werden, daß eine so günstige Einstellung der französischen Delegation sich ändern könnte, wenn die Reichsregierung, wie gestern in Genf behauptet wurde, ihre Absicht verwirklichen und tatsächlich die über den Ursprung des Krieges angekündigte Proklamation erlassen würde."

Das „Echo de Paris" kommentiert Herriots Ausführungen über Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund wie folgt:

„Deutschland richtet seinen Antrag an das Völkerbundssekretariat, worauf die Völkerbundsversammlung eine Abänderung ihrer Statuten vornimmt, wonach der Antrag auf Eintritt in den Völkerbund einen Monat vor Eröffnung der jährlichen Session des Bundes eingereicht werden muß. Deutschland könne nicht aufgenommen werden, ohne daß über die Erfüllung gewisser Verpflichtungen des Reiches Untersuchungen in die Wege geleitet werden. Ein Ergebnis würde wahrscheinlich erst im Januar zustande kommen. Auf jeden Fall seien Frankreich, Belgien und die Staaten der Kleinen Entente zu dem Beschluß gelangt, daß Deutschland, selbst wenn es einen Sitz im Völkerbund erhält, an der Überwachung, die der Rat über die deutschen Rüstungen ausüben wird, nicht wird teilnehmen dürfen."

Wir brachten Sonnabend den Absatz aus der Rede Mac Donalds, welcher die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund betraf: **„Wir können uns den Luxus einfach nicht erlauben, Deutschland außerhalb des Völkerbundes zu belassen."** Diese Worte hatten in England ungeteilten Beifall gefunden. Die Rede Herriots in Genf jedoch rief in England nicht diesen einheitlichen Eindruck hervor. Die konservative Presse nimmt die Rede mit völligem Stillschweigen auf.

Nach der Rede Herriots wurde sofort durch die Agentur bekannt gegeben, daß die französische Delegation offiziell den von Herriot angekündigten französischen Vorschlag zum Schiedsgerichtsvertrag dem Präsidium der Tagung überreicht hat. Die Franzosen schlagen vor, daß über die militärischen Sicherungen die Kommission beraten und beschließen soll und daß demjenigen Staat, der das Schiedsgerichtsverfahren vor Kriegsausbruch ablehnt, die militärische Macht der im Völkerbund vertretenen Länder gegenüberstehen soll. In Genf glaubt man noch nicht, daß damit schon der Weg zu einem Kompromiß gefunden sei.

Amerikanische Luftrüstungen.

Genf, 7. September. Der Pariser „Herald" meldet aus Neuyork: Das neue Luftflottenprogramm der Union sieht 111 neue Flugzeuge 10 Luftschiffe, System Zeppelin, vor. Das Bauprogramm umfaßt einen Zeitraum von 18 Monaten.

Vom englischen Gewerkschaftskongreß-Trade Union.

London, 7. September. „Daily Chronicle" meldet: Der englische Gewerkschaftskongreß nahm einstimmig eine Resolution an zugunsten der Staatspensionierung aller über 60 Jahre alten Arbeiter und der Nationalisierung der Bergwerke, Aerzte und Apotheken.

Die „Morningpost" meldet: In Hull wurden 5 Sowjetrussen beim Betreten englischen Bodens festgenommen, weil in ihrem Gepäck sich bolschewistische Aufrufe zur Vorbereitung der Weltrevolution vorgefunden hätten.

Noch kein Punkt der Tagesordnung erledigt.

London, 7. September. „Morningpost" meldet aus Genf: Mac Donalds und Herriots nachmalige Rückkehr nach Genf ist nicht in Aussicht genommen. Dagegen bleibt Lord Parmoor in Genf. Trotzdem alle Delegationen sich bisher im Geiste der Verständigung näher gekommen sind, herrscht eine leichte Enttäuschung darüber, daß die ersten zehn Tage der Konferenz noch keinen einzigen Punkt der Tagesordnung zur abschließenden Erledigung gebracht haben.

Automobilunfall Degouttes.

Paris, 6. September. Auf der Rückreise von Paris, wo er an einer Sitzung des Obersten Kriegsrates teilgenommen hatte, erlitt General Degoutte bei Charnay einen Automobilunfall. Sein Auto stürzte um. Der Chauffeur wurde auf der Stelle getötet und der ihn begleitende zweite Soldat verletzt. Degoutte selbst kam mit dem Schrecken davon.

Rückgang des Franken.

Rotterdam, 7. September. An der Neuyorker Börse trat **gestern ein neuer bemerkenswerter Rückgang** des französischen **Franken ein. Er senkte sich von 5,31 amtlich auf 5,25 und nachträglich bis 5,22. Die deutsche Rentenhausse setzte sich gestern weiter fort, man hörte Kurse, die bis zu 15 Prozent über denen des Vortages lagen.**

Die Wirren in China.

Der „Times" zufolge meldet „North China Daily News" aus Schanghai, daß General Chih die Truppen des Generals Lu erst angegriffen habe, nachdem er vom Reichspräsidenten Tsao Kun den Befehl erhalten hätte, die rebellischen Truppen in der Booru Fukien zu unterdrücken. Diese Truppen der südlich von der Provinz Chekiang gelegenen Provinz haben sich unter den Schutz des Generals Lu begeben.

Die weitere Nachricht, daß General Wu Pei-fu erklärt habe, daß kein Kontingent seiner Truppen an den Kämpfen gegen Lu beteiligt sei, läßt darauf schließen, daß vorläufig noch nicht die Absicht besteht dem Kampf der Parteien ein größeres Ausmaß zu geben.

In kurzen Worten.

Die Neuyorker Polizei ist in große Unruhe versetzt worden durch einen offenbar von einem Geistesgestörten an den Prinzen von Wales gerichteten Drohbrief, in dem der Absender erklärt, er werde den Prinzen töten. Verschärfte Schutzmaßnahmen sind deshalb eingeleitet worden. Der Prinz wird den vorgesehenen Besuch im Stadtinneren Neuyorks um einige Tage verschieben.

*

Owen Young bei Dr. Luther. Der amerikanische Agent für die Reparationen, Owen Young, stattete heute morgen dem Reichsfinanzminister Dr. Luther einen Besuch ab.

*

Der schnellste Stenograph der Welt. Bei einem dieser Tage in Washington abgehaltenen stenographischen Wettschreiben der amerikanischen Reportervereinigung erzielte Mr. Swemm mit dem Gregg-System 280 Worte in der Minute. An zweiter Stelle kam ein Vertreter des Pitman-Systems.

*

Der neue Direktor der Düsseldorfer Kunstakademie. Die Stadt Düsseldorf hat an den Direktor des Museums in München-Gladbach, Dr. Kaesbach, einen Ruf als Direktor der Düsseldorfer Kunstakademie ergehen lassen.

*

Die deutsche Reichsregierung ersucht die Bevölkerung in einem Aufruf, durch Vermeidung jedes Zwischenfalls bei der beginnenden letzten Militärkontrolle zur Befreiung Deutschlands von den Kontrollkommissionen beizutragen.

*

Der französische Ministerpräsident Herriot setzte in der heutigen Vollsitzung des Völkerbundes in einer großen Rede die französischen Grundsätze auseinander.

*

General Weyler, der Vorsitzende des spanischen Obersten Kriegsrats und Marinerats, ist zum Generalstaschef der spanischen Armee ernannt worden.

Republik Polen.

Litauen und Polen.

Kowno, 6. September. (Pat.) Der Außenminister Czarnecki gewährte dem Vertreter der „Elty" eine Unterredung, in welcher er erklärte, daß die internationale Situation Litauens vollständig klar und konsolidiert sei. Im besonderen unterstrich Minister Czarnecki die guten Beziehungen zwischen Litauen zu den baltischen Staaten, die in der Kownoer Konferenz begonnen haben. Er erklärte, daß die Hoffnung bestehe, daß auch jetzt zwischen den Westmächten und Litauen eine Einigung erzielt würde. Mit England, das besondere Interessen für die Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens in Litauen zeige, wurden normale diplomatische Beziehungen angeknüpft. In Frankreich beginnt man, kritisch auf die Beziehungen zwischen Litauen und Polen zu blicken. Man fängt an, einzusehen, daß bei der Erledigung der Wilnaer Frage Litauen ein Unrecht zugefügt wurde, das durch die Erhaltung des Friedens im Osten wieder gut gemacht werden muß.

Die Sache Wilnas figuriert in der Tagesordnung des Völkerbundes nicht. Eingebracht wurden nur zwei Anträge rechtlicher Natur.

Die Beziehungen zwischen Litauen und Polen — so erklärt Minister Czarnecki weiter — werden von der Erledigung der Wilnaer Angelegenheit abhängen und Litauen ist davon überzeugt, daß diese Angelegenheit im günstigen Sinne für Litauen entschieden werden wird. Solange nicht normale diplomatische Beziehungen mit Polen hergestellt werden, kann von einer Eisenbahnverbindung, die Lettland in letzter Zeit anstrebt (dem es hauptsächlich um Erneuerung des Eisenbahnverkehrs auf der Linie Libawa—Romny geht), **nicht die Rede sein.**

Minister Czarnecki nimmt nicht an, daß Lettland im Sinne dieser Angelegenheit bei dem Völkerbund vorstellig geworden sei. Dieser Schritt könnte als eine Unfreundlichkeit gegen Litauen angesehen werden. Mit Deutschland hat Litauen mehrere wirtschaftliche Verträge abgeschlossen.

Ein Soldatentag.

Nach dem Frühstück, welches anläßlich der Bannerweihe in Złoczow stattfand, begab sich der Herr Staatspräsident zur Kaserne des 12. Feldartillerieregiments, wo ein Soldat während des Mittagessens in sachlichen klaren Worten dem obersten Kriegsherrn für die Ehre, die den Soldaten durch den Besuch des Herrn Staatspräsidenten zuteil wurde, dankte. Darauf hielt der Führer des 52. Infanterie-Regiments, Oberst Powroźnicki, eine Rede, auf welche der Herr Staatspräsident in herzlichen Worten antwortete.

Am Massengrabe der Kriegsgefallenen.

Um 2 Uhr nachmittags verließ der Staatspräsident Złoczow. Auf dem Rückwege nach Lemberg erfuhr er, daß in Zadworz, welches an der Bahnlinie gelegen ist, sich ein Massengrab von über 100 polnischen Kriegern befinde, die während der bolschewistischen Invasion Widerstand leisteten. Sie gehörten alle zur Abteilung Budienny. Der Herr Staatspräsident ließ den Zug halten und stieg mit seinem Stab aus dem Wagen, ließ sämtliche in Złoczow erhaltenen Blumen mitnehmen, und begab sich zu Fuß auf den Hügel, wo die gefallenen Helden begraben liegen. Hier kniete er an dem Grabe nieder und sprach ein Gebet, wonach er eigenhändig die Blumen auf das Grab legte.

Als der Präsident zum Waggon zurückkehrte, näherten sich ihm die Schulväter des Ortes. Für die auch hier überreichten Blumen dankte der Präsident, dann ließ er sie auf das Grab der Helden legen.

Deutsches Reich.

Die Generalkontrolle.

Das „Journal" meldet aus Berlin: General Walch hat den französischen Pressevertretern Informationen über seine am Mittwoch begonnene Generalkontrolle in Deutschland gegeben. Der General rechnet mit einer dreimonatigen Dauer der Kontrolle. Wichtig werde vor allen Dingen sein, den Beschwerden der Grenzländer nach Fortbestand der illegalen Organisationen im deutschen Grenzgebiet, besonders Oberschlesien und Schleswig, nachzugehen. Wieweit die Kontrolle der privaten Munitionsherstellung möglich sei, werde sich erst zeigen müssen, er werde auch hier loyal und ohne Schärfe vorgehen. Die Entmilitarisierung der deutschen Polizei sei leider bis heute noch nicht durchgeführt, das sei die einzige konkrete Feststellung seiner bisherigen Tätigkeit.

Selbstmord eines Schwerverbrechers.

Breslau, 6. September. Ein aufsehenerregender Vorfall ereignete sich heute vormittag auf einer Breslauer Polizeiwache. Ein seit langem gesuchter Schwerverbrecher und Zuchthäusler, der u. a. auch von der Berliner Kriminalpolizei gesucht wurde, verübte kurz nach seiner Verhaftung Selbstmord.

Der Verbrecher hatte in den frühen Morgenstunden einen Lehrling einer hiesigen Großfirma beobachtet, der zur Bank ging. Als der Lehrling die Bank verließ, wurde er von dem Verbrecher niedergeschlagen und seiner Aktentasche, die allerdings eine nennenswerte Summe nicht enthielt, beraubt. Der Räuber konnte sofort festgenommen und zur Revierwache gebracht werden. Hier zog er aber, noch ehe das Verhör begonnen, einen Revolver und schoß sich in die Schläfe. Der Breslauer Erkennungsdienst stellte ihn als den Schwerverbrecher Kunde fest.

Kesselexplosion in Pirna.

Dresden, 6. September. In der Kunstseidenspinnerei von Fr. Küttner in Pirna ereignete sich ein schweres Explosionsunglück, dem zwei Menschenleben zum Opfer fielen. Man wollte den Kessel öffnen, wobei wahrscheinlich durch die Hammerschläge einige Funken ins Innere des Kessels sprangen, so daß die darin enthaltenen Gase sich entzündeten. Die Explosion war so stark, daß der Meister Roscher und der Arbeiter Kießling sofort getötet wurden. Einige andere Arbeiter erlitten leichte Verletzungen.

Kündigung der französischen Bahnhofswirte.

Düsseldorf, 6. September. Sämtlichen französischen Bahnhofswirten, die einen erheblichen Teil der Regiebahnhofswirtschaften bei Beginn des passiven Widerstandes in Pacht genommen hatten, ist die Kündigung ausgesprochen worden.

Aus anderen Ländern.

Um Deutschlands Aufnahme.

London, 7. September. Die „Morningpost" meldet aus Genf: Während Herriot sich für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund erklärte, ging er über Rußland mit wenigen Worten hinweg. Das ist eine gewollte Zurückhaltung gegenüber der Aufnahme Rußlands durch Herriot. Die „Morningpost" schreibt weiter: Mac Donalds Eintreten für Rußlands Völkerbundbeitritt war politisch unklug, denn er schafft Mac Donald in England neue Gegnerschaft **der Unionisten**, die in den Bolschewisten immer noch eine Gesellschaft **von Verbrechern sehen.**

Letzte Meldungen.

Eine Auszeichnung Skrzyńskis.

Genf, 6. September. (Pat.) Der französische Premier Herriot **überreichte Minister Skrzyński das Ordensband der Ehrenlegion.**

Zur Ansiedlerfrage.

Genf, 6. September. (Pat.) **Im Laufe der Debatten beim Bericht des Sekretariats über die Tätigkeit des Völkerbundes zeigte der Delegierte Englands, Gilbert Murray, lebhafte Zufriedenheit aus Gründen der rechtlichen und gewünschten Erledigung der Ansiedlerfrage durch Polen. Diese Tatsache wird als Beispiel (!) der Behandlung der Minderheitenangelegenheit durch ein Mitglied des Völkerbundes hingestellt. Murray erklärt, daß die Fürsorge für die nationalen Minderheiten nicht als Last angesehen werden darf. Denn die hauptbeteiligten Staaten kämpfen hier für ein gemeinsames Ideal.**

Herriot und Mac Donald.

Genf, 6. September. (Pat.) Herriot und Mac Donald sind **um 9 Uhr 35 nach Paris abgereist.**

Französische Anleihe für Polen.

Warschau, 6. September. (Pat.) Am 28. August wurde vom **Präses des Ministerrats, Herrn Herriot, und dem Außenminister Skrzyński, eine Abmachung unterzeichnet, wonach Polen eine 400-Millionen-Anleihe in Frankreich bekommt.**

Eine dänische Delegation auf der Ostmesse.

Die dänische Industriellendelegation in Polen und die polnische Gesandtschaft in Kopenhagen benachrichtigten das Außenministerium, daß sie am 9. d. Mts. zur Ostmesse nach Lemberg kommen werden. Die dänische Industriellendelegation, deren Aufgabe es ist, dauernde und nähere Beziehungen zwischen der dänischen Industrie und der polnischen Industrie herzustellen, wird zwei Tage in Lemberg bleiben, um dann auf dem Rückwege sich einige Tage in Warschau aufzuhalten.

Statt Karten.

Für die uns anläßlich unserer Hochzeit übermittelten Glückwünsche sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank.

Parzęczewo, im September 1924.

Ed. Fischer v. Mollard
u. Frau.

Obwieszczenie.

Niniejszem zwracamy pp. pracodawcom i ubezpieczonym uwagę na nowy od 1. września 1924 r. obowiązujący dodatek XX. do statutu Kasy Chorych miasta Poznania, wydany na mocy rozporządzenia Ministra Skarbu z dnia 30. czerwca 1924, wydanego w porozumieniu z Ministrem Pracy i Opieki Społ. (Dz. U. R. P. Nr. 58, poz. 591) oraz reskryptu Ministerstwa Pracy i Opieki Społ. z dnia 13. sierpnia 1924 Nr. 3842/VII. i uchwały Rady Kasy z dnia 26. czerwca 1924 r., dotyczący płac ustawowych od 0,75 zł do 15 zł dziennie, miarodajnych dla określenia wysokości zasiłków pieniężnych i składek.

Dodatek do nabycia począwszy od wtorku dnia 9. b. m. w lokalach Kasy przy ulicy Pocztowej nr. 8.

Poznań, dnia 6. września 1924.

Zarząd Kasy Chorych miasta Poznania.

Statt besonderer Anzeige.

Vom Wilderer getroffen, verschied mein heißgeliebter Mann, der liebevolle Vater meines kleinen Sohnes, unser Sohn und Bruder

Georg von Hantelmann

Leutnant a. D. im ehem. Husaren-Regiment 17,
Ritter der Eisernen Kreuze u. des Hausordens von Hohenzollern.

Charcic, 7. September 1924.
pow. Międzychód.

Elisabeth von Hantelmann,
geb. **Gräfin Finck von Finckenstein,**
Otto von Hantelmann,
Baborówko,
Luise von Hantelmann,
geb. **Freiin von Massenbach,**
auch im Namen der Geschwister.

Beerdigung in Charcic Mittwoch, den 10. September, nachm. 2 Uhr. Wagen ½11 Uhr Bahnhof Ryzin.

Nach Gottes Ratschluß entschlief heute sanft nach schwerem Leiden meine liebe Mutter, Schwiegermutter, unsere gute Großmutter,

Frau verw. Wanda Dietrich,

geb. Kietzmann,
verwitw. Voge und Freyer
im Alter von 66 Jahren.

Rittergut **Ostrowo Szlacheckie**, den 6. September 1924.

Paul Voge u. Frau Else,
geb. Piltz nebst Kindern.

Beerdigung: **Dienstag**, den 9. September, nachm. 4 Uhr von der evangel. Friedhofskapelle **Września** (Wreschen).

Titelübersetzungen.

Aus dem Dziennik Ustaw R. P. Nr. 73 vom 26. 8. 1924.

Die mit „übersetzt" bezeichneten Positionen sind in dem von der Geschäftsstelle der deutschen Sejm- und Senatsabgeordneten für Posen und Pommerellen herausgegebenen Verordnungsblatt „Polnische Gesetze und Verordnungen" zu finden. Das Verordnungsblatt ist von der Geschäftsstelle in Poznań, Wały Leszczyńskiego 2, zu beziehen.

Pos. 711. Gesetz vom 16. Juli 1924 über Austausch staatlicher Eisenbahngrundstücke in Lisie Katy bei Grudziądz, bei der Station Chodecz in der Wojewodschaft Warschau und in der Gemeinde Ostrzeszów in der Wojewodschaft Poznań . . . 1086

Pos. 712. Gesetz vom 16. Juli 1924 über Austausch eines staatlichen Eisenbahngrundstückes gegen ein Grundstück der Gemeinde Wąsosz im Kreise Schubin . . . 1087

Pos. 713. Gesetz vom 16. Juni 1924 über Verkauf, bzw. Austausch einiger Eisenbahngrundstücke, gelegen in den Gemeinden Kolibki, Jaszcz, Komorowo und Skurcz . . . 1087

Pos. 714. (übersetzt.) Gesetz vom 18. Juli 1924 über die Art der Zahlung von Vermögenssteuer im Sinne des Gesetzes vom 11. August 1923 über Vermögenssteuer durch Zahler, die Landgrundstücke (Liegenschaften) besitzen, für die eine Eigentumsbeschränkung gilt, — auf dem Wege des Verkaufs dieser Güter . . . 1087

Pos. 715. Gesetz vom 18. Juli 1924 über Abänderung einiger Bauvorschriften auf dem Gebiet des ehem. russ. Teilgebiets (Baupolizeiliche Verordnung für die Dörfer vom 20. November 1917, Verordnungsblatt für das Gen.-Gouv. Warschau Nr. 99, Pos. 421, Dekret vom 7. Februar 1919, Dz. P. P. P. Nr. 14, Pos. 176, und Verordnung des Staatspräsidenten vom 14. April 1924, Dz. Ust. R. P. Nr. 36, Pos. 383) . . . 1088

Pos. 716. (übersetzt.) Gesetz vom 25 Juli 1924 über Aufhebung der Geltungskraft des Gesetzes vom 16. August 1923 über soziale Fürsorge in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen . . . 1090

Pos. 717. Gesetz vom 25. Juli 1924 über Ergänzung des Art. 20 des Handelsvertrages zwischen Polen und Frankreich, unterschrieben am 6. Februar 1922 . . . 1090

Pos. 718. Gesetz vom 25. Juli 1924 über Ratifizierung des Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen Polen und Dänemark, unterschrieben in Warschau am 22. März 1924 1090

Pos. 719. (übersetzt.) Gesetz vom 31. Juli 1924 über Einführung einiger Änderungen im Gesetz vom 11. August 1923 über die einstweilige Regulierung der kommunalen Finanzen . . . 1091

Pos. 720. Gesetz vom 31. Juli 1924 über Abänderung einiger Vorschriften über die Stempel- und Kommunalgebühren . 1091

Pos. 721. (übersetzt.) Gesetz vom 31. Juli 1924 über Einziehung von Verzugsstrafen, Verzugszinsen, sowie Exekutionskosten bei rückständigen direkten Steuern sowie Stempelgebühren . . . 1092

Pos. 722. Gesetz vom 31. Juli 1924 über Einstellung von Exmissionen der Pächter von Grundstücken, die bebaut werden sollen und im Umkreis von Städten, Kleinstädten, Dörfern und Ansiedlungen gelegen sind, auf dem Gebiet Wilna und der Wojewodschaften Nowogródek, Polesien, Wolhynien, sowie der Kreise Bielsko, Grodno, Wołkowysk, Sokól und Białystok in der Wojewodschaft Białystok . . . 1093

Pos. 723. (übersetzt.) Gesetz vom 31. Juli 1924 über Einziehung von Aktien neuer Emissionen durch den Staatsschatz 1093

Pos. 724. (übersetzt.) Gesetz vom 31. Juli 1924 über die Staatssprache und Amtssprache der staatlichen und der Selbstverwaltungsbehörden . . . 1094

Pos. 725. Verordnung des Ministerrates vom 2. Juli 1924 über staatliche ärztliche Hilfe für Staatsbeamte, Richter und Prokuratoren, ihre Familien sowie Ruhegehaltsempfänger . . . 1095

Pos. 726. Verordnung des Ministerrates vom 19. August 1924 über Feststellung des Multiplikators zur Festsetzung des Gehalts der Staats- und Militärbeamten — für den Monat September 1924 . . . 1097

Pos. 727. (übersetzt.) Verordnung des Finanzministers und des Ministers für Handel und Gewerbe vom 6. August 1924 über teilweise Abänderung des Art. 1 der Verordnung über den Zolltarif . . . 1097

Pos. 728. (übersetzt.) Verordnung des Ministers für Handel und Gewerbe im Einverständnis mit dem Finanzminister vom 8. August 1924 über Höhe der Gebühren für Aufsicht über die Privateigentümern gehörenden Dampfkessel, die durch die Staatsbehörden der Gesellschaft für Kesselaufsicht in Posen übertragen worden ist . . . 1097

Pos. 729. (übersetzt.) Verordnung des Ministers für Handel und Gewerbe vom 22. August 1924 über Höhe der Gebühren, die durch die Gesellschaft für Kesselaufsicht in Posen für Prüfung der eine Aufsicht verlangenden Einrichtungen erhoben werden . . . 1097

Pos. 730. Verordnung des Ministers für Handel und Gewerbe vom 22. August 1924 über die im Sinne der Probiervorschriften zulässigen Zumischungen . . . 1099

Pos. 731. Verordnung des Finanzministers vom 9. August 1924 über Festsetzung der Anzahl, des Amtsortes und der Zusammensetzung der Schätzungskommissionen für die Einkommensteuer auf dem Gebiet der Hauptstadt Warschau . . . 1099

Pos. 732. Verordnung des Finanzministers vom 13. August 1924 über das sich auf dem Gebiet der Wojewodschaften Lodz, Kielce, Lubelsk, Białystok, Nowogródek, Polesien, Wolhynien und dem Verwaltungsbezirk Wilna befindliche Vermögen nichtanwesender Personen, die für verschollen oder tot erklärt worden sind; über das Vermögen, das sich unter einer durch die ehemaligen Okkupanten festgesetzten Verwaltung oder unter staatlicher Zwangsverwaltung befindet; über das Vermögen, das juristischen Personen gehört, die der Möglichkeit beraubt sind, von ihren Rechten Gebrauch zu machen, sowie über das Vermögen, das in den Besitz des polnischen Staatsschatzes auf Grund des Art. 12 des Friedensvertrages zwischen Polen, Rußland und der Ukraine übergeht . . 1099

Pos. 733. (übersetzt.) Verordnung des Innenministers vom 14. August 1924 über Einrichtung und Erhaltung von öffentlichen Badeanstalten . . . 1100

Berichtigung der Verordnung des außerordentlichen Oberkommissars über Bekämpfung der Epidemien vom 19. Juli 1924 (Dz. Ust. R. R. Nr. 70, Pos. 679) 1100

Ein christlicher Demonstrationszug in Hamburg.

Das ist selbst für eine Weltstadt wie Hamburg kein alltägliches Ereignis. Vor einigen Jahren, an dem berühmten Bibelsonntag, hatten sich allerdings die Kirchenleute unserer Stadt zu einer gewaltigen öffentlichen Kundgebung auf der Moorweide vereinigt, um der Öffentlichkeit ein flammendes Zeugnis abzulegen, daß die Stätte des heiligen Ansgarius treue Bekenner des evangelischen Glaubens in stattlichen Massen aufmarschieren lassen kann. Der gestrige Sonntag aber machte Hamburg zu einem Mittelpunkt, in dem hanseatische, deutsche und europäische Jugend sich vor allem Volk zum entschiedenen Christentum bekannte. Das geschah im Rahmen der deutschen und europäischen Tagung für entschiedenes Christentum, die für einige Tage in unseren Mauern zusammengetreten ist. Das brachte einen

Zug der Zwölftausend,

der am Sonntag in den Mittagsstunden wie eine Sensation wirkte. Am Sternschanzenbahnhof nahmen die Massen der Jugendlichen und Christusgläubigen Hamburgs, deutscher und europäischer Länder, gegen 1 Uhr Aufstellung, die bei dem Massenaufgebot eine Schar treubeflissener Ordner stark beschäftigte. Wegen der von allen Seiten zuströmenden Gruppen, die zum Teil internationales Gepräge trugen (Engländer, Schweizer, Franzosen, Schweden, Norweger, Finnen, Letten usw.) mußten vier Züge gebildet werden, die sich gegen 2 Uhr in Bewegung setzten. Voran schritten Musikkapellen, die unausgesetzt christliche Weisen spielten, bei denen sehr wohl ein Marschtempo innezuhalten ist. Unter den aufmarschierenden Massen waren natürlich die Jugendlichen beiderlei Geschlechts in der Mehrheit, doch auch die Zahl der Erwachsenen war beträchtlich, die öffentlich für ihre entschieden christliche Gesinnung eintraten. Weiße und farbige, vielfach das Kreuz zeigende Wimpel führten die einzelnen Gruppen der Länder mit sich. Auf weithin leuchtenden Plakaten waren große Inschriften zu lesen wie: „Die Jugend für Jesus — Jesus soll unser Führer sein!", „Deutsche Jugend hin zu Christus!", „Im Kreuz ist Heil!", „Er ist unseres Fußes Leuchte!", „Die Jugendzeit dem Herrn geweiht!" u. a. m. Überall, wohin die Demonstranten kamen, waren die Straßen (in St. Pauli!) zu beiden Seiten dicht mit Zuschauern besetzt, aus deren Reihen nirgends eine Störung bemerkbar wurde; im Gegenteil konnte man sympathisierende Äußerungen aus schlichten Kreisen vernehmen, wie „Ja, wenn alle Hamburger Demonstrationen so ruhig und feierlich wären, dann gäbe es keinen Lärme und keine Aufregung bei uns."

Das Heiligengeistfeld

war der Sammelpunkt der vier mächtig wirkenden Züge, die sich hier in großen Rundversammlungen aufstellten, aus denen alsbald machtvolle Gesänge zum Himmel aufstiegen, wie: „Großer Gott, wir loben Dich", „Lobe den Herrn, den mächtigen König der Ehren". Dann traten die Prediger auf und richteten „Eine wichtige Botschaft an die moderne Jugend" aus, zu der sich auch viele Nichtteilnehmer einfanden, unter denen sich nach dem Ende der Demonstration Gruppen bildeten, die das Gesehene und Gehörte besprachen.

Ein großer Teil der Demonstranten, der nicht im mächtigen Zelt auf dem Heiligengeistfeld Unterkunft fand, zog gegen 4 Uhr zur Michaeliskirche, wo der große Raum bald dicht gefüllt war. Direktor Schürmann (Berlin) eröffnete die Feier mit Gebet, ein gemischter Chor der christlichen Gemeinschaften von Hamburg und Umgegend (Leiter Ritterhoff) sang.

Am Sonntagabend fand in der Michaeliskirche eine musikalische Feier statt, bei der der Allianzchor unter Leitung von E. Becker, Kantor Bühring (Orgel und Georg Dobler (Violine) mitwirkten.

Auch die weiteren Veranstaltungen der deutschen und europäischen Tagung des Jugendbundes am Sonnabend und Sonntag verliefen wunschgemäß und unter größter Beteiligung.

Zweite Probefahrt des Amerika-Zeppelin.

Die „D. A. Z." berichtet aus Ludwigshafen:

„Heute vormittag 10 Uhr, nach einer achttägigen Pause, hat der Amerika-Zeppelin bei prächtigem Flugwetter, mit etwa 80 Personen an Bord, seine zweite Probefahrt angetreten, darunter zahlreiche Pressevertreter. Militär war zur Absperrung herangezogen, und unter den Klängen des Deutschlandsliedes, das die Militärkapelle spielte, stieg das Luftschiff leicht empor. Die Fahrt geht über München, Salzburg, Stuttgart und soll gegen 5 Uhr beendet sein.

Die Dauer der Fahrt ist auf sechs bis acht Stunden berechnet. An Bord befinden sich außer der Besatzung Pressevertreter des In- und Auslandes, ferner Prof. Dr. Hoff, der Leiter des flugtechnischen Instituts der Universität Berlin. Das Luftschiff kreuzte um 9.30 Uhr noch über Friedrichshafen und flog in mäßiger Höhe. Während der heutigen Fahrt sollen wissenschaftliche Funkversuche angestellt werden. Am Sonntag wird voraussichtlich keine Fahrt unternommen. Dagegen sind solche für Montag, Dienstag und Mittwoch in Aussicht genommen, worauf die 36stündige Fernfahrt nach Norddeutschland und Skandinavien erfolgen soll.

München, 6. September. Das Luftschiff traf heute auf seiner ersten größeren Probefahrt über Süddeutschland um 11.15 Uhr vormittags wohlbehalten in München ein. Es wurde von der gesamten Bevölkerung Münchens mit Begeisterung begrüßt. Nachdem es im majestätischen Fluge eine Schleife über der Stadt gezogen und dabei zweimal das Landtagsgebäude überflogen hatte, setzte es seine Fahrt in nordwestlicher Richtung fort.

Nürnberg, 6. September. Um 12.30 Uhr traf der Amerika-Zeppelin, von München kommend, in Nürnberg ein. Nach einer Schleifenfahrt nahm er den Kurs auf Stuttgart.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 8. September.

Ein Meuchelmord.

Gestern abend kurz vor 7 Uhr wurde in der Nähe des Rittergutes Charcic im Kreise Birnbaum Georg von Hantelmann, der älteste Sohn des bekannten Großgrundbesitzers Otto von Hantelmann, der für seinen Vater das Rittergut Charcic verwaltete, durch einen Flintenschuß von einem Meuchelmörder tödlich verletzt, so daß er nach wenigen Minuten starb.

Der auf so entsetzliche Weise ums Leben Gekommene befand sich mit seiner Gattin auf der Rückfahrt von einer Besichtigung seiner Felder, als er von dem Kutscher der Equipage darauf aufmerksam gemacht wurde, daß sich soeben in einem Kartoffelfelde eine verdächtige Gestalt bewegt habe. Als darauf auf Anordnung des Herrn von Hantelmann das Gespann umwandte und Herr von Hantelmann sich im Wagen aufrichtete, erhielt er plötzlich aus dem dunklen Hinterhalt einen Schuß, der ihn so unglücklich traf, daß er in wenigen Sekunden seinen Geist aushauchte. Dem Täter gelang es leider, geschützt durch die Dunkelheit und bei der allgemeinen Verwirrung, die die entsetzliche Tat anrichtete, zu entkommen.

Die Nachricht lief noch heute nacht bei der hiesigen Kriminalpolizei ein, die bereits gegen 3 Uhr eine besondere Kommission im Kraftwagen zur Aufklärung des Tatbestandes an Ort und

Raffke & Cie.

Ein Zeitroman von Dr. Arthur Landsberger.

(42. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Warum suchen Sie sich nicht andere Zerstreuung?"

„Weil ich, was mich verstimmt, dann zehnfach fühle."

„Sind Sie deshalb so lange nicht gekommen?"

„Ja! — Aber jetzt, wo ich mein Studium habe, da hoffe ich, wird es besser gehen."

„Ich begreife Sie nicht! Sie haben doch 'was erreicht! Möchten Sie etwa mit einem von allen denen da" — und dabei wies sie auf die jungen Leute vor ihnen — „tauschen?"

„Ja!" sagte Günther. „Das möchte ich!"

„Das gefällt mir nicht. — Glauben Sie denn, daß Sie weniger wert sind?"

„Kommt es denn darauf an?"

„Nur!"

„Um vorwärts zu kommen — vielleicht; obgleich auch das so allgemein nicht zutrifft. Aber es gibt im Leben ja auch noch andere Dinge, die tiefer gehen und von denen mehr abhängt als eine Professur oder ein Titel."

Suse verstand ihn.

„Gewiß! — Und wonach, glauben Sie, daß solche Dinge entschieden werden?"

Er quälte sich und sagte:

„Ich weiß es nicht."

„Aber ich weiß es: nach dem Gefühl."

„Glauben Sie, Suse, auch das ist diszipliniert. Ganz unbewußt! Oder sind es nicht immer die gleichen Sphären, in denen die Menschen sich zusammenfinden?"

„Die Herzen auch?"

„Eben die Herzen! Und verirrt sich das Herz einmal, dann muß es leiden. — Darin liegt — mein Jammer: daß ich immer an Sie denken muß!"

Suse sah zur Erde und schwieg.

„Und das verstimmt Sie?" fragte sie nach einer Weile.

„Ja!"

„Sind die Gefühle, die Sie für mich haben, denn nicht gut?"

„Suse!" rief er, „wie können Sie das fragen, wo Sie doch sehen, wie ich leide."

„So reden Sie!" drängte Suse und blieb stehen.

Da hob Günther beide Hände:

„Sie sind mir alles!" sagte er.

„Günther!" gab sie zur Antwort.

„Seit Monaten kämpfe ich dagegen an. Wenn Sie wüßten, was dazu gehört, einem Gefühl Gewalt anzutun, das einem mehr gilt als sein Leben. Man möchte es wie ein Heiligtum behüten — und nun soll man dagegen anrennen, soll versuchen, es einzureißen. Man muß wohl anders sein als ich, um das zu können. Mit Gewalt geht es nicht! — Und dann wieder versuche ich es heimlich. Ich rühre nicht daran. Ich taste mich fort, rette mich irgendwohin und hoffe, es wird Ruhe halten und mir nicht folgen." — Er schüttelte den Kopf. — „Es ist dasselbe! Und wenn ich vor einem Abgrund stände und dem Tod ins Auge sähe — es wäre da! Ich würde keine Furcht empfinden. Das Gefühl wäre stärker! Es würde auch das verklären und ihm jeden Schrecken nehmen!"

„Und wenn ich Sie bitte: kämpfen Sie nicht mehr dagegen an! Wenn ich Sie bitte, hüten Sie, pflegen Sie das Gefühl! Denn ich — ich habe Sie lieb."

Günther riß die Arme hoch:

„Du!" rief er, und Suse warf sich ihm an den Hals.

„Und nun — nun komme, was wolle!" sagte er befreit. „Der Kampf ist aus! — Nun weiß ich, daß ich mich selbst in Stücke reißen müßte, um mich von Dir zu befreien. Und täte ich es, der letzte Fetzen, Suse, er wäre Dein!"

„So liebst Du mich?" sagte sie zitternd und schmiegte sich an ihn. „Und ich, siehst Du, ich habe mich aufgegeben. Ich weiß nichts mehr von mir, ich bin ganz nur in Dir und will nie, nie mehr wo anders sein!"

„Ich habe nicht gewußt, daß es das gibt," sagte Günther. — „Daß zwei Menschen so eins werden können."

„Nun aber wissen wir's."

Die andern waren weit fort, da lehnten Günther und Suse noch immer aneinander.

Und als sie später durch den Park zurückgingen und wieder bei den andern waren, da wußte jeder, der sehen konnte, daß sie ein großes Glück in sich trugen.

XVII.

Frida hatte sich inzwischen als Viccy Ury zu einer Soubrette von Ruf entwickelt. Gewiß, zu den „Stars" gehörte sie nicht. Am treffendsten beurteilte sie wohl der Direktor der Residenzbühne, der gelegentlich einer erhöhten Gagenforderung zu ihr sagte:

„Mein Kind, Sie leiden, wie fast alle Soubretten, an Größenwahn. Wie fast alle Soubretten, haben Sie gute Beine und verstehen sich anzuziehen. Gesanglich, choreutisch und darstellerisch sind Sie, wie fast alle, Dilettantin. Auf Sie hinauf wird kein Komponist je eine Operette schreiben. Jedes kleine englische Chormädchen ist begabter als Sie. Seien wir wenigstens unter uns ehrlich! Mit Kunst hat der ganze Operettenschwindel nicht das mindeste zu tun. Er ist lediglich eine Konzession an die Geschmacklosigkeit des Durchschnittspublikums. Dem allein danken Sie Ihre Existenz. Andernfalls wäre Viccy Ury heute noch Frida Linke. Sie sind gescheit genug, um sich das selbst zu sagen. Sie sind für das, was Sie leisten, mit sechshundert Mark überbezahlt. Kommen Sie damit nicht aus und haben Sie keine anderen Revenuen, so vermehren Sie Ihre Einnahmequellen, indem Sie Kino spielen. Um eine weltberühmte Kinodiva zu werden, braucht eine Frau außer gutem Wuchs nur Reklame, Protektion und einen verrückten Namen. Sie sind mit dem Maestro bekannt. Gehen Sie zu ihm. Sieht der darin ein Geschäft, dann schlagen Sie in einem Vierteljahr alle Mias, Hellas, Heddas und Andras. Der Tipp ist mehr wert, als wenn ich Ihnen Ihre Gage verdreifache. Adjes!"

(Fortsetzung folgt.)

Stelle entsandte. Hoffentlich gelingt es ihrer Tätigkeit, den Meuchelmörder festzunehmen, denn die Empörung über die verruchte Tat dürfte ebenso groß sein, wie die allgemeine Teilnahme, die man der jugendlichen Gattin des Ermordeten, einer geborenen Gräfin Finck von Finckenstein, dem kleinen Söhnchen, besonders aber auch dem schwergeprüften Elternpaar, dem Herrn Otto von Hantelmann auf Baborówko und seiner Gemahlin geb. Freifrau von Massenbach-Pinne entgegenbringt. Herr Otto von Hantelmann befand sich gestern abend gerade in Pinne, wo ihn heute nacht die Schreckenskunde von der Ermordung seines hoffnungsvollen 26jährigen ältesten Sohnes erreichte. Der so jäh aus einem glücklichen Familienkreise und aus rüstigem Schaffen Herausgerissene hatte im ehemaligen Husaren-Regt. Nr. 17 den Weltkrieg als Leutnant mitgemacht und sich beide Eiserne Kreuze und den Hausorden von Hohenzollern als Auszeichnung erworben. hb.

Feiertag oder nicht?

Am heutigen Montag, dem Tage „Mariä Geburt", feierten die Staats-, Provinzial- und städtischen Ämter, so die Post, Eisenbahn, Polizei usw. Ein bezügliches Telegramm, das die Feier anordnete, war am Sonnabend früh bei der hiesigen Wojewodschaft eingetroffen, die es natürlich weitergab. In Industrie, Handel und Gewerbe wurde überall gearbeitet, und zwar mit Recht, denn „Mariä Geburt" ist in unserem Teilgebiet zuletzt nicht mehr gesetzlicher Feiertag gewesen, nicht einmal ein kirchlicher; er ist es auch diesmal nicht, da die kirchliche Feier am nächsten Sonntag stattfindet. Die noch in letzter Stunde angeordnete Feier des heutigen Montags muß in weiten Kreisen lebhaftes Befremden erregen, da bekanntlich eine Bewegung für eine Herabminderung der gesetzlichen Feiertage im Gange ist und der Ministerpräsident Grabski mit der Vollmacht einer Regelung der Angelegenheit ausgestattet ist, keineswegs jedoch in dem Sinne, die Zahl der Feiertage noch zu vermehren. Man sollte sich doch endlich an den Gedanken gewöhnen, daß in unserer wirtschaftlich so sehr darniederliegenden Gegenwart die Arbeit eine Forderung der Stunde ist, und daß die Arbeitstage nicht etwa nur als angenehme Unterbrechung der Feiertage zu betrachten sind. Es wäre wirklich dringend erwünscht, daß die Regelung der Feiertage für ganz Polen endlich einheitlich und schleunigst erfolgt, damit nicht immer wieder die Frage aufgeworfen zu werden braucht: Feiertag oder nicht? Oder hat man die Absicht, sogenannte Beamtenfeiertage zu schaffen?

Beförderung des Eisenbahnreisegepäcks.

Infolge zahlreicher Klagen über verspätete Beförderung von Reisegepäck hat das Eisenbahnministerium folgende Verfügung herausgegeben:

„Das Reisegepäck muß grundsätzlich mit demselben Zuge versandt werden, für den es aufgegeben wurde. und mit dem der Reisende fährt, und mit diesem Zuge muß es auch zur angegebenen Station ankommen. Ausnahmen können nur im Falle einer Überfüllung des Gepäckwagens oder bei einem Anhalten des Gepäcks zur Feststellung bemerkter Beschädigungen zugelassen werden. Falls Platzmangel im Gepäckwagen ist und kein zweiter Waggon an den Zug angehängt werden kann, muß immer dem Gepäck der Reisenden und Eilgutgepäckstücken der Vorzug gegeben werden. Von einem Anhalten des Gepäcks und den Gründen dazu muß die Bestimmungsstation telegraphisch benachrichtigt werden. Das angehaltene Gepäck darf nicht später versandt werden, als mit dem folgenden Zuge. Man muß äußerste Sorgfalt anwenden, damit die Beförderung des Reisegepäcks sorgfältig, ohne Beschädigung der Umpackung, ausgeführt wird. Da auch eine Beförderung nach anderen Stationen und auch Diebstählen vorgebeugt werden muß, muß die Kontrolle über die Reisegepäckbeförderung verstärkt werden."

Neues von der Vermögenssteuer.

Bekanntlich wird jetzt der erste Teil der zweiten Vermögenssteuerrate fällig. Die Berechnung dieser Rate erfolgt wie bei der vorhergehenden, d. h. auf Grund der vorläufigen Schätzung; das Finanzamt ist also die höchste Instanz für Reklamationen in dieser Rate. Diejenigen Zahler, die durch Vermittlung der Verbände das sogenannte Korfanty-Abkommen abgeschlossen haben und die Bestimmungen dieses Abkommens vorschriftsmäßig erfüllen, sind von der Entrichtung aller im Jahre 1924 fälligen Raten befreit. Die Ausschüsse arbeiten jetzt an der Vorbereitung der endgültigen Schätzung der Vermögenssteuer: diese Schätzung soll laut dem allgemeinen Vermögenssteuergesetz noch vor dem 1. Januar 1925 bekanntgegeben werden. Einspruch gegen die endgültige Schätzung kann bei den Reklamationsausschüssen, gegen die Bestimmungen dieser bei dem Höchsten Verwaltungstribunal in Warschau erhoben werden.

Militärische Personalnachricht. Zum Festungskommandanten von Posen ist der Oberst im Generalstabe Mieczysław Borowiecki in Ciechowo ernannt worden. Aus Veranlassung dieser seiner Ernennung gab Oberst Borowiecki ein Festessen, an dem auch der Kriegsminister Sikorski teilnahm, der in diesen Tagen im Posenschen weilte.

Todesfall. Gestorben ist der Kreisarzt Dr. med. Czesław Szłapka in Grabow, im Alter von 36 Jahren.

Vom Urlaub zurückgekehrt ist der Präsident des Verwaltungsgerichts Dr. Czwojdziński und hat seine Dienstgeschäfte wieder übernommen.

Für die Altershilfe wurden am Sonnabend bei einem gemütlichen Abend 10 zł gesammelt und uns heut übergeben. Wer machts nach? Die Not unserer Altchen beiderlei Geschlechts ist bei der zunehmenden Teuerung besonders groß.

Die Krankenkasse der Stadt Posen erläßt in der vorliegenden Nummer im Anzeigenteile eine Bekanntmachung, deren Inhalt wir in deutscher Übersetzung hier wiedergeben für diejenigen, die des Polnischen nicht genügend oder überhaupt nicht mächtig sind.

„Bekanntmachung.

Hierdurch machen wir die Herren Arbeitgeber und Versicherten aufmerksam auf den neuen, vom 1. September gültigen Nachtrag XX zu den Satzungen der Kasy Chorych miasta Poznania (Krankenkasse), herausgegeben auf Grund der Verfügung des Finanzministers vom 30. Juni 1924 und mit Einverständnis des Ministers Prach i Opieki Społ. (der Arbeit und Wohlfahrt) (Dz. U. R. P. Nr. 58, Poz. 591) sowie des Reskripts des Ministeriums Prach i Opieki Społ. vom 13. August 1924 Nr. 3842/VII und des Kassenrats vom 26. Juni 1924, betreffend den grundsätzlichen Tagesverdienst von 0,75 zł bis 15 zł, der maßgebend ist für die Festsetzung der Höhe der geldlichen Unterstützung und Beiträge. Der Nachtrag ist erhältlich am Dienstag, dem 9. d. Mts., in der Kasse, ul. Pocztowa Nr. 8. Zarząd Kasy Chorych miasta Poznania."



Die Teuerungswelle, die zurzeit unser Gebiet überflutet, hatte zur Folge, daß sämtliche Arbeiterorganisationen bei dem Wojewodschaftsschiedsamt den Antrag um entsprechende Erhöhung der Löhne gestellt haben. Das Schiedsamt tritt in den nächsten Tagen zu einer Sitzung zusammen, um darüber zu beraten.

Ein Handwerkertag, der das ganze Einflußgebiet der hiesigen Handwerkskammer umfaßt, hat gestern im Zoologischen Garten getagt. Es wurden nur Berufsangelegenheiten beraten.

Posener Wochenmarktspreise. Auf dem heutigen Montags-Wochenmarkt zahlte man für das Pfund Landbutter 1.80 Złoty, für die Mandel Eier 1.70 Złoty, für das Pfund Kartoffeln 5 Groschen, für das Bund Mohrrüben 10 Groschen, das Pfd. Schnittbohnen 50 Groschen, das Pfd. Tomaten 50 Groschen, das Pfd. Pilze 15–20 Groschen, das Pfd. Birnen 20 Groschen, Aepfel 15 Groschen, Pflaumen 40 Groschen. Schweinefleisch das Pfd. 1.20 Złoty, Kalbfleisch 90 Groschen. Speck 1.30 Złoty. In Pilzen herrschte ein solches Massenangebot daß man sich auf einen besonderen Pilzmarkt versetzt glaubte.

Der Kirchenchor St. Matthäi ist nach seinen Ferien am letzten Dienstag zum ersten Male wieder zusammengetreten und bittet auch auf diesem Wege alle ehemaligen Mitglieder, zu der nächsten Übungsstunde am Dienstag, dem 9. d. Mts., abends 8 Uhr, im Pfarrhause zu erscheinen. Die jetzt stattfindenden Übungen gelten der für Erntedankfest beabsichtigten abendlichen Feierstunde in der St. Matthäikirche. Für Neueintretende, Damen wie Herren, ist der jetzige Zeitpunkt besonders günstig; nähere Auskunft erteilt jederzeit der Chorleiter, Kaufmann W. Kroll, Szwajcarska (fr. Schweizerstraße) 14 oder das Pfarramt.

Es ist doch schön, Ministerialbeamter zu sein. Der „Kurjer" erzählt: „Am 30. v. Mts. war der Bahnhof in Obornik der Schauplatz einer verwunderlichen Szene. In Bąblin bei Obornik ist eine Sommerfrische für Eisenbahnbeamte. In dieser Sommerfrische weilten zwei höhere Eisenbahnbeamte mit Familien. Da der Urlaub zu Ende war, mußte man die Rückreise antreten. Die beiden Beamten wurden in ungewöhnlicher Weise geehrt. Man schickte ihnen einen Pulmannschen Salonwagen, damit sie bequem fahren konnten. Da der Salonwagen aber verspätet eintraf, die Ankuppelung an den Personenzug mit Schwierigkeiten verknüpft war — und da schließlich die Unterbringung des Reisegepäcks (auch Blumentöpfe) längere Zeit dauerte, traf der Zug in Posen erst um 9.35 (anstatt um 9.10) ein. Man kann sich die unangenehme Lage der zahlreichen Reisenden vorstellen, die mit dem Zuge weiter fahren wollten. Doch die Sorgen der anderen Menschen kümmerte die beiden Beamten nichts; ihr Salonwagen wurde an den Warschauer Schnellzug angehängt, und sie fuhren bequem heim. Es ist doch schön, Ministerialbeamter zu sein!"

Wird es zu einem neuen Ausstand der Bauhandwerker kommen? Die Entscheidung, die unlängst das Schiedsamt getroffen hatte und worauf die Arbeit wieder aufgenommen wurde, war keine endgültige; sie sollte nur eine Grundlage bilden, auf der weiter verhandelt und eine Einigung erstrebt werden sollte. Da die Verhandlungen immer noch nicht zu einer Einigung geführt haben, im Gegenteil immer schärfere Formen annahmen, so gärt es unter den Arbeitnehmern, und es ist nicht ausgeschlossen, ja vielmehr wahrscheinlich, daß es wieder zu einem Konflikt und in weiterer Folge zu einem Streik kommen dürfte.

Auch eine „Eilgutbeförderung". Die „Prawda" (Nr. 207 vom 7. September 1924) veröffentlicht folgende Zuschrift des Dro-

Handel, Wirtschaft, Finanzwesen, Börsen.

Wirtschaft.

Litauens Flachsexport erstreckt sich größtenteils auf England. Jedoch haben sich auch in dem Geschäft mit England bereits große Schwierigkeiten ergeben, da die Qualität des litauischen Flachses als minderwertig angesehen wird, weil er meist schlecht gepackt, gereinigt und geschwungen ist. Deshalb haben auch die Abschlüsse der litauischen Regierung, die 1919 und 1920 den Flachsexport monopolisiert hatte, mit der Firma Tilden Smith zu enormen Verlusten geführt, da die Firma die in England unverkäufliche Ware nicht abnehmen wollte, vielmehr die von ihr bereits gezahlten Vorschüsse zurückforderte. Wie unser Londoner Korrespondent erfährt, hat eine Einigung mit Smith nicht erreicht werden können, und die litauische Regierung hat jetzt der Gesandtschaft in London 10 000 Pfd. St. überwiesen, um damit den nichtstrittigen Teil ihrer Schuld an Smith zu tilgen.

Eine Aufhebung des lettländischen Holzausfuhrzolls, die bekanntlich schon seit längerer Zeit von den dortigen Exporteuren, namentlich unter Hinweis auf den zunehmenden Transit- und Veredelungsverkehr erstrebt wird, ist zwar noch nicht erfolgt, jedoch hat der lettische Finanzminister dem vor einigen Wochen von uns erwähnten Antrag der Holzindustriellen stattgegeben. Hiernach erhält jeder, der vom Auslande zollfrei eingeführte Hölzer bearbeiten und später exportieren will, nach Prüfung der Flöße eine Bescheinigung, auf Grund der er von je 270 Kubikfuß Balken im Laufe von drei Jahren 1 Standard gesägtes Holzmaterial zollfrei exportieren darf. (Die Interessenten hatten allerdings ein Verhältnis von 200 bis 250 Kubikfuß zu je 1 Standard Schnittmaterial gewünscht.)

Industrie.

Zur Gründung eines zentralen Hüttenbüros in Polen erfahren wir, daß das Vorbereitungsstadium jetzt abgeschlossen ist und die Unterzeichnung des Vertrages nahe bevorsteht. Über dieses Projekt und seine Motive haben wir bereits vor längerer Zeit ausführlich berichtet. Das Büro wird sich mit dem Verkauf der wichtigsten Erzeugnisse aller Eisenhütten Polens befassen, sowie Bestellungen annehmen und diese unter die Hütten verteilen, um dadurch eine weitgehende Spezialisierung der Produktion der einzelnen Werke und damit auch eine Verringerung der Produktionskosten zu erreichen.

Zur Unterstützung der polnischen Kohlenindustrie sind ab 1. September die Eisenbahntarife für Kohle im Inlands- und Auslandsverkehr und ferner zwecks leichterer Verproviantierung der Kohlenreviere auch die Tarife für Kartoffeln nach den in Frage kommenden Stationen für die Zeit vom 15. d. Mts. bis 15. November herabgesetzt worden.

Verkehr.

Zur Verbesserung der Gütertransporte innerhalb Litauens beabsichtigt die litauische Eisenbahndirektion, in den größeren Handels- und Industriezentren des Landes, wie Kowno, Memel, Schaulen, Panevezys und Mariampol nahe der Stadt gelegene Güterabfertigungsstellen einzurichten, die an private Unternehmer verpachtet werden sollen. Der Vertrag über die Verpachtung der Kownoer Güterabfertigung „Stadt" ist, dem Vernehmen nach, bereits abgeschlossen.

Von den Märkten.

Breslauer Lederbörse vom 4. August. Der Markt war nur schwach besucht. Dementsprechend ist auch des Geschäft gering gewesen, dagegen war bereits am 3. d. Mts., wie auch am 4. auf den Lagern eine umfangreiche Kauftätigkeit festzustellen. Entsprechend der am 3. d. Mts. bei der Berliner Auktion eingetretenen Preisbesserung von ca. 20 Prozent wurden auch hier Preisaufschläge bewilligt.

Die Kohlenpreise in Polnisch-Oberschlesien wurden ab 1. September im allgemeinen um 10 Prozent und für mehrere Sorten sogar um 15 Prozent ermäßigt.

Edelmetalle. London, 5. September. Diskont 2¾, Silber bar 34 1/16, drei Monate 34 1/16. Gold 92,9.

Neuyork, 5. September. Diskont 2½, ausl. Silber 68⅝.

Geldwesen.

Die Konversion staatlicher Polenmarkanleihen hat mit dem 1. September begonnen, und zwar für die lang- und kurzfristige Anleihe des Jahres 1920, die 4prozentige Prämienanleihe und die Assignaten des Staatsschatzes von 1918. Die Konversion erfolgt in Warschau beim Amt für staatliche Anleihen (Senatorska 29).

Rußlands Geldumlauf am 1. August betrug insgesamt 530 948 900 Tscherwoniec-Rubel und verteilt sich auf die einzelnen Arten folgendermaßen: Banknoten 306 217 200, Staatskassenscheine 162 148 000, Silbergeld 34 665 100, Kupfergeld 16 300, Kleingeldscheine 20 061 000, Sowjetgeld 4 827 400, Zertifikate 3 013 900. Im Vormonat betrug der gesamte Geldumlauf nur 496 162 000 Tsch.-Rubel. Die Emission belief sich für Juli auf 33 436 900 Tsch.-Rbl., gegenüber 17 276 000 im Vormonat. Für die einzelnen Arten beträgt die Emission: Banknoten 2 647 800, Staatskassenscheine 13 580 700, Silbergeld 13 656 000, Kupfergeld 15 200, Kleingeldscheine 1 708 200. Sowjetgeld eingezogen 129 500, Zertifikate eingezogen 3 051 300 Tsch.-Rbl.

Die russische Prämienanleihe für die Landbevölkerung wurde bis zum 15. August in Höhe von 18 103 000 Rubel Nominalwert untergebracht und damit das Programm der Regierung bis zu 44 Proz. erfüllt.

Kurse der Posener Börse.

Für nom. 1000 Mkp. in Złoty

Wertpapiere und Obligationen:	8. September	6. September
7proz. Oblig. miejsk. m. Poznania	—.—	0.82 (für 1 zł)
6proz. Listy zbożowe Ziemstwa Kred.	6.00—5.90	—.—
Bankaktien:		
Kwilecki, Potocki i Sk. I.-VIII. Em.	—.—	4.50
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	4.75	4.75
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em.	8.50—8.45	8.40
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	3.00	3.00
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	4.00	—.—
Industrieaktien		
H. Cegielski I.—IX. Em.	0.90	0.90
Centrala Rolników I.—VII.	0.65—0.60	—.—
Garbarnia Sawicki, Opalenica I—II. Em.	—.—	0.45
Goplana I.—III. Em.	4.20	4.20
C. Hartwig I.—VI. Em.	0.70—0.75	—.—
Herzfeld-Viktorius I.—III. Em.	7.25	7.25
Luboń, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	—.—	82
Dr. Roman May I.—V. Em.	32.50—32.75	32
Młyn Ziemiański I.—II. Em.	2.20	2
Papiernia Bydgoszcz I.—IV. Em.	0.70	0.70
Płótno I.—III. Em.	0.55—0.50	0.60
Pneumatik I.—IV. Em. Serie B	0.20	—.—
Pozn. Spółka Drzewna I.—VII. Em.	1.30—1.25	1.30-1.20-1.25
Tkanina I.—V. Em.	1	1—0.90
„Unja" (früher Bentzki) I.—III. Em.	9.50	9—9.50
Wytwornia Chemiczna I.—VI. Em.	0.40	0.40
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em.	—.—	2.40

Tendenz: fest.

Von den Banken.

Die Errichtung einer Postsparkasse in der Tschechoslowakei in Anlehnung an das bestehende Postscheckamt wird von der Regierung geplant, also eine umgekehrte Entwicklung wie im alten Österreich. Die Regierung betont ausdrücklich, daß die staatlichen Postsparkassen den anderen Sparkassen keine Konkurrenz bereiten werden. Die Sparkassen ihrerseits haben bereits Protest gegen die geplante Errichtung eingelegt. Insbesondere hat sich die Prager Städtische Sparkasse, das größte derartige Institut in der Tschechoslowakei, an die Regierung mit dem Ersuchen gewandt, in dieser Angelegenheit ohne vorherige Anhörung der beteiligten Kreise nichts zu unternehmen, zumal unter den gegenwärtigen Umständen nach der Erklärung des Ausschusses der Prager Städtischen Sparkasse die Errichtung einer Postsparkasse nicht zu empfehlen sei.

Börsen.

Warschauer Börse vom 6. September. Bankwerte: Dyskontowy 7,00, Handlowy 9,40, Zachodni 2,50, Zw. Spół. Zarobk. 8,20. Industriewerte: Sole Pot. 6,50, Kiejewski 0,34, Spieß 1,45, Wildt 0,27, Siła i Światło 0,68, Chodorow 7,25, Częstocice 3,23, Gasławice 2,75, W. T. F. Cukru 6,35, Wysoka 3,40, Nobel 2,60, Cegielski 1,00, Fitzner u. Gamper 7,50, Lilpop 1,02, Modrzejowski 8,20, Norblin 1,00, Ostrowieckie 11,40, Pocisk 2,90, Rudzki 2,05, Starachowice 4,10, Ursus 3,60, Zieleniewski 14,00, Konopie 0,62, Zawiercie 44, Borkowski 1,90, Haberbusch u. Schiele 7,00, Tehate 3,10.

Der Złoty am 6. September. Danzig: 107,23—107,97, Auszahlung Warschau 106,48—107,02, **Bukarest:** 37, **Tschernowitz:** 37,50, **Riga:** Auszahlung Warschau 102,00, **London:** Auszahlung Warschau 23,20.

Danziger Börse vom 6. September. (Amtlich.) London 25,04, Scheck 25,02, Amsterdam 215,20—216,30, Berlin 132,293 bis 132,957, Rentenmark 133,166—133,834.

Ostdevisen in Berlin vom 5. September. Freiverkehr. (Kurse in Billionen Mark für je 100 Einheiten.) Auszahlung. Warschau 79.79 G., 81.41 B., Bukarest 2.17 G., 2.19 B., Riga —.— G., —.— B., Reval 0.94 G., 0.96 B., Kowno 41.58 G., 42.42 B., Kattowitz 79.59 G., 81.21 B., Posen 79.89 G., 81.51 B. — Noten: polnische 77.75 G., 81.75 B., lettische 78.— G., 82.— Br., estnische 0.91 G., 0.95 B., litauische 39.50 G., 41.50 B.

Züricher Börse vom 6. September. (Amtlich.) Neuyork 5,325, London 23,64, Paris 27,90, Prag 15,90, Mailand 23,15, Brüssel 26,50, Budapest 69,000, Amsterdam 203¾, Madrid 70,00, Bukarest 2,725, Berlin 126,75, Belgrad 6,95.

1 Gramm Feingold für den 7., 8. und 9. September (Mon. Polski Nr. 205) 3,4249 Złoty.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 8. September 1924.

(Ohne Gewähr.)

Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation in Złoty.

Weizen	23.25—25.25	Roggenmehl II. Sorte (65 % inkl. Säcke)	3?.?0
Roggen	18.25—19.25	Braugerste	19.50—23.50
Frühe Kartoffeln	3.50—3.80	Futtergerste	—.—
Weizenmehl (65 % inkl. Säcke)	40.00—42.50	Weizenkleie	11.?0
Roggenmehl I. Sorte (70 % inkl. Säcke)	28.00—29.50	Roggenkleie	12.75
		Hafer	15.75—16.75

Verstärkte Umsätze bei starker Nachfrage. — Tendenz für Roggen fest, sonst andauernd.

gisten Marjan Koszczyński in Lissa: „Am 11. August 1924 expedierte an meine Adresse eine Firma in Warschau vom Warschauer Hauptbahnhof zwei Kisten Kakao im Gewicht von 255 Kilogramm als „Eilgut". Um in Lissa einzutreffen, brauchte die Sendung sage und schreibe 22 Tage. Kommentar überflüssig. Die Sendung traf nach drei Wochen aber nur zur Hälfte ein, denn eine Kiste ist verloren gegangen oder gestohlen worden." Ein Kommentar hierzu ist wirklich überflüssig.

X Der Zoologische Garten hat zwei Seelöwen angekauft; ihr Eintreffen steht in Kürze bevor.

* **Culm, 4. Septbr.** Der Arbeiter Graczkowski in Neuhof war auf dem Felde mit Erntearbeiten beschäftigt. Als der Wirt Wanna ihn ermahnte, etwas flotter zu arbeiten, schlug er ihn, sowie den Arbeiter Wieczorkowski, der zur Hilfe herbeieilte, dermaßen mit einem Stocke, daß beide ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußten.

* **Inowrocław, 5. September.** Der landwirtschaftliche Verein „Kujawien" hielt am Mittwoch im Logensaale eine Sitzung ab, die trotz des schlechten Wetters gut besucht war und vom Vorsitzenden Hinsch-Lachmirowice geleitet wurde. Im geschäftlichen Teil wurde gegen die zu hohen Krankenkassenbeiträge Stellung genommen, die die Vorkriegshöhe bedeutend übersteigen. Weiterhin sprach Dr. Levy über die Kalkfrage im Ackerbau. An die Ausführungen des Redners schloß sich eine anregende Aussprache. Sodann hielt Tierarzt Bromberger einen Vortrag über Beschälseuche, die durch ihre außerordentliche Verbreitung eine große Gefahr für unseren Pferdebestand bildet. Als einzig wirksames Seucheheilmittel nannte Redner das „Beyer 205", dessen Einführung nach Polen und Ausführung aus Deutschland jedoch verboten seien.

* **Mogilno, 7. September.** Bei einem von Herrn Kwade in Dąbrowa erschossenen Hunde wurde amtlich Tollwut festgestellt, weshalb vom Bezirkskommissar über die Ortschaften Mokre, Słaboszewko, Mierucin und Krzekatowo bis auf Widerruf die Hundesperre verhängt wurde.

* **Teichrode, Kr. Wollstein, 7. September.** Pastor Herrmann ist am 1. September in den Ruhestand getreten und verzieht nach Deutschland.

□ **Thorn, 5. September.** Gestern feierte der Werkmeister der Honigkuchenfabrik von Hermann Thomas, Aleksander Markowski, sein 50jähriges Berufsjubiläum im Alter von 69 Jahren. Nachmittags fand aus diesem Anlaß in Anwesenheit von rd. 200 Arbeitern die Beglückwünschung statt, der das Stadtpräsidium beiwohnte. Die Stadt Thorn gedachte des Jubilars mit einer Adresse, die eine Radierung des alten Thorner Rathauses darstellt, und in der sie dem Jubilar für seine aufopfernde Pflichterfüllung und Treue dankt. Ferner überreichte ihm der Vertreter der Stadt ein Kaffeeservice. Der Inhaber der Firma, Oskar Thomas, wandte sich mit einer Ansprache an das Stadtpräsidium, indem er seinen Dank für das Erscheinen zu diesem denkwürdigen Fest aussprach. Abends fand um 7 Uhr im „Artushof" ein Festessen statt, bei dem der Jubilar nochmals mit Ansprachen gefeiert wurde.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau, 5. September.** Der Feldwebel des 30. Infanterieregiments Franz Daniecki tötete sich durch einen Revolverschuß. In einer Tasche fand sich eine an den Regimentsführer gerichtete Karte nachstehenden Inhalts: „Melde dem Herrn Oberst, daß mein Selbstmord in keinem Zusammenhang mit dienstlichen Angelegenheiten steht." Als wahren Grund seines verzweifelten Schrittes gibt er dann Familiensorgen an.

* **Słupce, 4. September.** Die 16jährige (!) Einwohnerin des Dorfes Giewartowo, Kreis Słupce, Władysława Lubańska, genas vor einigen Wochen eines unehelichen Kindes, das bald nach der Geburt auf verdächtige Art und Weise starb. Die gerichtsärztliche Untersuchung ergab, daß der Säugling vergiftet worden war. Die Mutter bekannte sich schließlich zur Tat und gab an, das Kind aus Not vergiftet zu haben.

Aus dem Gerichtssaal.

□ **Posen, 5. September.** Wegen Beleidigung des Nebenklägers Karól Rzepecki durch die Presse wurden verurteilt der verantwortliche Redakteur des „Przegląd Poranny" Stanisław Ziółkowski und der Chefredakteur Tadeusz Jankowski, jeder zu 15 000 Złoty und den Kosten, oder für je 150 Złoty ein Tag Gefängnis. Das Urteil wurde am 17. Dezember 1923 von der 5. Strafkammer gefällt und wird jetzt veröffentlicht.

□ **Posen, 5. September.** Das Friedensgericht verurteilte den Tischler Franciszek Gulczyński und seine Frau Prakseda, die ul. Gąsiorowskich 9 (fr. Alleestraße) wohnen, wegen Gasdiebstahls zu je 3 Monaten Gefängnis.

Sport und Spiel.

Posen, 7. September. (Pat.) Die Spiele um die Bezirksmeisterschaft der Klasse A Warta I—Posnania I, 3:0 (0:0). Das Spiel war sehr spannend. Bis zur 80. Minute verteidigt sich Posnania außergewöhnlich, später gewinnt Warta jedoch Oberhand. Als Schiedsrichter figurierte zufriedenstellend Herr Biro.

Unja I—A. Z. S. I 1:1 (0:0). Das Spiel ist ebenfalls lebhaft und endet mit dem unerwarteten Erfolg der A. Z. S. Als Schiedsrichter fungierte Herr Malow.

Pogoń I—Posnania I 1:3 (0:3). Unerwartet siegte die jüngste Abteilung der Klasse A über den gewandten Gegner Pogoń. Als Schiedsrichter war am Platze Herr Tadeusz Baczkowski.

Spiele um die Meisterschaft der Klasse Lech (Gnesen) gegen Sportklub Czarnkow 1 zu 3 (1 zu 2). Als Schiedsrichter war Herr Nawrocki vertreten.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

L. Kr. in K. Ob Ihr Sohn unter den geschilderten Verhältnissen ganz vom Militärdienst befreit werden wird, können wir Ihnen nicht sagen. Machen Sie aber ruhig eine Eingabe.

E. W. in D. 1. Eine genaue Berechnung der Umwertung ist unmöglich. Wir würden 3 zł für angemessen erachten. 2. Von einer Verzinsung des Betrages kann unter den angegebenen Umständen wohl kaum die Rede sein. Außerdem würden die Zinsen einen ganz niedrigen Betrag bedeuten. Der jetzt zulässige Zinsfuß beträgt 24 Prozent jährlich.

O. Diese Auskunft können wir Ihnen leider nicht geben, da uns die betreffenden Zahlen nicht zur Verfügung stehen.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Styra; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.

Wir bitten **Anzeigen-Texte** stets **recht deutlich** schreiben zu wollen. Für etwaige Fehler, die durch **unleserlich** geschriebene Texte verursacht werden, bedauern wir, **nicht** aufkommen zu können.

Posener Tageblatt.